

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

50. Sitzung
20. Februar 2025

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 17.41 Uhr
Vorsitz: Marcel Hopp (SPD), stellv. Vorsitzender;
zeitweise Tonka Wojahn (GRÜNE), Schriftführerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Dann kommen wir weiter zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0304](#)
BildJugFam
**Berufs-Chancenjahr & IBA-Praxis – Ausgestaltung
des 11. Pflichtschuljahres**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0289](#)
BildJugFam
**900 Plätze für 3.000 Schüler*innen in IBA Praxis:
Wie kann das 11. Pflichtschuljahr zum
Perspektivenjahr werden?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Das ist so, dann verfahren wir so. Dann darf ich ganz herzlich die Anzuhörenden begrüßen, zumindest die, die jetzt da sind; es kommt noch jemand. Ich darf erst einmal begrüßen Herrn Ronald Rahmig, Vorsitzender Berufliche Bildung in Berlin, Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin – BBB e. V. –, Frau Karen Seypt, Schulleiterin Hans-Böckler-Schule, OSZ Konstruktionsbautechnik, Herrn Siegfried Vogelsang, Präsident und Geschäftsführer GFBM Akademie gGmbH und Mitglied der Agenda-Gruppe für Berufliche Bildung Berlin 2026 bei den berliner wirtschaftsgesprächen e. V. – bwg –, und Herrn Jürgen Wittke, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Berlin. – Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Bevor wir einsteigen, darf ich um die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 2 a durch die Fraktion der CDU bitten. – Bitte schön!

Lars Bocian (CDU): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Jedes Jahr verlassen viele Tausend Schüler die Schulen nach der 10. Klasse und machen kein Abitur. Von diesen vielen Schülerinnen und Schülern fallen viele durchs Ausbildungsraster. Eine niedrig vierstellige Zahl verschwindet sozusagen in unserer Gesellschaft. Wir als Koalition sagen: Das geht so nicht! Ausbildung und Beruf sind wichtig für die soziale Bindung von jungen Menschen, aber wir können es uns als Gesellschaft auch gar nicht leisten, diese Menschen zu verlieren, dass junge Menschen ins Bürgergeld laufen, oder auch, dass wir diese Menschen als Fachkräfte verlieren. Wir brauchen diese jungen Menschen dringend als Handwerker, in der Pflege. Wir müssen sie ausbilden. Das 11. Pflichtschuljahr soll das auffangen und die jungen Menschen in einen Beruf beziehungsweise in die Berufsausbildung bringen. Deswegen sind wir heute sehr gespannt, etwas über die Ausgestaltung des 11. Pflichtschuljahres zu hören, und ich freue mich schon auf die Anzuhörenden und werde dann bestimmt auch viele Fragen stellen. – Recht herzlichen Dank erst einmal!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank, Herr Kollege Bocian! – Wir kommen zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 2 b durch die Fraktion der Grünen. – Frau Schedlich, bitte schön!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir freuen uns sehr, dass das Thema heute auf der Tagesordnung steht. Wir sind uns alle einig, dass es kein haltbarer Zustand ist, dass so viele Jugendliche die Schule verlassen und erst einmal niemand weiß, was mit diesen Menschen passiert. Alle Jugendlichen sollen auf das Leben vorbereitet sein und Anschluss finden, wenn sie aus der Allgemeinbildung kommen. Wir freuen uns, heute vor allen Dingen mit Menschen aus der Praxis besprechen zu können und zu hören, wie denn die Umsetzung am Ende tatsächlich funktionieren kann, denn das, was im Moment vorliegt, ist

de facto eigentlich kein Pflichtschuljahr, sondern eine Weiterentwicklung bestehender Angebote, was wir an sich erst mal sehr begrüßen. Die Schulpflicht wurde zwar ausgeweitet, aber für all diese Menschen gibt es noch keine Plätze. Deswegen freuen wir uns vor allen Dingen auch zu hören, wie es denn damit weitergehen soll und wie sichergestellt wird, dass das Angebot, das es gibt, auch für alle Jugendlichen aus dieser Gruppe gilt. Wir halten es für einen sehr logischen Weg, IBA auszubauen, bekannter zu machen, aber auch noch mal in den Blick zu nehmen, was vorher passiert und was an weiterer Beratung passieren muss und freuen uns heute, Genaueres dazu zu hören, wie die Ausgestaltung am Ende funktionieren wird, denn so lange ist es gar nicht mehr hin. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Dann kommen wir zur einleitenden Stellungnahme des Senats. – Frau Staatssekretärin Henke, bitte schön!

Staatssekretärin Christina Henke (SenBJF): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren Anzuhörende! Es freut mich sehr, dass ich zu diesem Punkt sprechen darf. Die Ausgestaltung des 11. Pflichtschuljahres ist konsequent auf die Ziele eines funktionalen Anschlusses für Jugendliche, für junge Menschen und damit einhergehend auch einer Effizienzsteigerung im Übergangssystem ausgerichtet. Es bietet erstmalig die Chance, und das zu betonen ist besonders wichtig, relevante Übergangsdaten zu generieren und auch den Übergang zu monitoren. Das ist besonders wichtig, um zu schauen, was jetzt mit dem Beginn des 11. Pflichtschuljahres passiert und wie sich die Bedürfnisse und Bedarfe der Schülerinnen und Schüler entwickeln.

Als flankierende Maßnahme des 11. Pflichtschuljahres wurde im ersten Schritt die berufliche Orientierung in der Sekundarstufe I in allen Schularten verbindlich gestaltet, ebenso die Kooperation zwischen den allgemeinbildenden und den beruflichen Schulen, den Oberstufenzentren. Jeder Schüler und jede Schülerin erhält in der Jahrgangsstufe 10 eine verbindliche Beratung. Sie ist am 10. Februar 2025 gestartet, also vor zehn Tagen. Diese Anschlussberatung fokussiert sich auf die duale Ausbildung. Sie wird von Fachkräften durchgeführt. Sie wird dokumentiert, und die Ergebnisse werden auch in der LUSD eingetragen.

Natürlich wissen wir, dass es trotz des Angebotes Jugendliche geben wird, die trotz der individuellen Beratung Probleme haben werden, den Übergang allein zu bestreiten. Für diese jungen Menschen gibt es aber mit BAM, IBA, IBA Praxis auch Möglichkeiten, die in der Verantwortung der SenBJF liegen, aber auch durch weitere Angebote, wie zum Beispiel von SenASGIVA BAPP, die Jugendberufshilfe und auch Maßnahmen der Agentur für Arbeit, in Kooperation zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote für junge Menschen anzubieten, um sie zu befähigen, am Ausbildungsmarkt partizipieren zu können. Natürlich ist damit immer der Wunsch verbunden, dass es uns allen in der Zusammenarbeit gut gelingt, die Schülerinnen und Schüler so umfänglich zu beraten, dass sie auch Möglichkeiten und Perspektiven aufgezeigt bekommen, wie es für sie nach der Schule weitergehen kann.

IBA Praxis stellt natürlich den Erwerb der beruflichen Schlüsselkompetenzen, aber auch Betriebspraktika und betriebsnahe Kennenlernangebote in den Mittelpunkt, denn darum geht es: den Anschluss an die Praxis zu optimieren, um die Jugendlichen auch zu motivieren. Es ist besonders wichtig, sie dabei zu unterstützen, den Schritt in die duale Ausbildung zu gehen. Dabei ist eine enge, kooperativ gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den Unternehmen

und allen Beteiligten, die ein Stück beitragen, dass junge Menschen eine Perspektive bekommen, besonders wichtig. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Bevor wir jetzt in die Anhörung einsteigen, darf ich Herrn Jörg Raehse ganz herzlich begrüßen. – Schön, dass Sie es trotz der erschwerten Verkehrsbedingungen hierher geschafft haben! – Er ist stellvertretender Vorsitzender der Berufliche Bildung in Berlin, Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin – BBB e. V. – und Schulleiter des Oberstufenzentrums Bürowirtschaft 1. – Herzlich willkommen! Sofern Sie mir jetzt ein Signal geben, dass Sie bereit sind, könnten wir auch mit Ihnen anfangen, wenn Sie wollen. Sie können mir aber auch ein Signal geben, dass wir andersrum anfangen sollen. Wir würden ansonsten, wenn Sie keine anderen Absprachen vorgenommen haben, gern in der Reihenfolge mit Ihnen starten.

Jörg Raehse (BBB – Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin e. V. – BBB e. V. –; stellv. Vorsitzender und Schulleiter des Oberstufenzentrums Bürowirtschaft 1): Wir können sehr gern in der Reihenfolge bleiben. – Erst einmal vielen Dank, dass ich die Gelegenheit habe, heute hier für die berufsbildenden Schulen und die Oberstufenzentren zum Thema 11. Pflichtschuljahr sprechen zu dürfen! An dieser Stelle möchte ich noch den kurzen Hinweis geben, dass wir uns natürlich wünschen würden, dass die Berufsorientierung schon zuvor in der Sekundarstufe I besser geklappt hätte. Das ist jetzt so, wie es ist, und es gibt auch gute Gründe dafür. Wir finden aber, dass in Zukunft auch ein Fokus darauf gesetzt werden muss, wie man die Berufsorientierung schon zuvor, in der Allgemeinbildung in der Sekundarstufe I, verbessern kann. Natürlich sind wir als Berufsschulen und Oberstufenzentren sehr fit und genau die richtigen für die Berufsorientierung, aber in erster Linie natürlich in unserem Berufsfeld und nicht allgemein.

Ich will heute den Fokus darauf legen, wie unter der geplanten Einführung des 11. Pflichtschuljahres Gelingenskriterien aus unserer Sicht aussehen müssten. Das Erste ist im Hinblick auf die verbindliche Beratung oder die Begleitung, dass die ab dem 10. Februar 2025 schon angefangenen Beratungen der Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen sicherstellen sollen, dass jeder Schüler und jede Schülerin einen klaren Plan für den weiteren Bildungsweg hat. Laut Auskunft der Kooperationsschulen können bereits ab Anfang Mai die Beratungsunterlagen der betroffenen Schüler und Schülerinnen übermittelt werden, die zu diesem Zeitpunkt noch unversorgt sind und dann wahrscheinlich auch unversorgt bleiben werden. Die VV Übergang sieht jetzt vor, dass dieser warme Übergang, also das Begleiten der Schülerinnen und Schüler aus der Sekundarstufe in die Oberstufenzentren, damit sie dann auch tatsächlich dort ankommen, am 23. Juli 2025 erfolgen soll. Diese Frist ist unserer Ansicht nach zu spät. Laut Aussagen der Sekundarschulen stehen die Kandidaten für das 11. Pflichtschuljahr bereits frühzeitig im zweiten Schulhalbjahr fest. Die Beratungsprotokolle werden eigentlich Anfang Mai beendet. Die überwiegende Zahl der Schülerinnen und Schüler, die sich auch trotz intensiver Beratung bis dahin nicht entscheiden konnten, nichts gefunden haben, sind in der Regel sehr schuldistant. Mit dem 6. Juni 2025, dem Ende des Erstwunschverfahrens und die Aufnahme in den Bildungsgang Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung, sollte es deshalb bereits möglich sein, Schüler und Schülerinnen in Begleitung durch die für den Übergang verantwortlichen Personen, also ihre Lehrkräfte, die sie von der Sekundarschule kennen, vorzustellen. Dies gibt der Ankerschule die Möglichkeit, das Ankommen besser zu steuern, auch im Hinblick der Belastung der Sekretariate, und würde den letzten Schultag maßgeblich

entlasten, an dem eigentlich alles im Hinblick auf Absolventenfeiern, die Einschulung der Schülerinnen und Schüler in der Fachoberschule und anderes passieren soll.

Schüler und Schülerinnen ohne Anschlussperspektive erscheinen in der Regel zum Ende des Schuljahres nicht mehr und sind daher in dieser Zeit auch schwer für einen warmen Übergang, der aber zielführend sein soll, für das 11. Pflichtschuljahr zu greifen. Im Zeitraum vom 24. Juli bis 1. August 2025, also in den großen Ferien, soll die Zuweisung der noch unversorgten Jugendlichen, die der Einladung in die Ankerschule nicht gefolgt sind, durch die Netzwerkstelle der JBA erfolgen. Zu dieser Zeit ist ein warmes Ankommen jedoch nur noch bedingt möglich, da die Bezugspersonen, die Lehrkräfte der Sekundarstufe I, nicht mehr für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehen und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Jugendberufsagenturen kaum einen Bezug zu den Jugendlichen haben. Deshalb wäre unser Wunsch, dass wir diesen Prozess des warmen Übergangs schon früher beginnen können, nämlich wenn feststeht, dass diese jungen Menschen nicht versorgt sind.

Die zweite Herausforderung sind die praxisorientierten Bildungsgänge. Hier ist die Herausforderung das unbekannte Schülerklientel. Ein auf die Zielgruppe passend zugeschnittenes Curriculum können wir zum Beginn des Schuljahres 2025/2026 nicht wirklich haben. Warum nicht? – Insbesondere Lehr-/Lernformate, die auf personalisiertes Lernen ausgerichtet sind, lassen sich ohne Kenntnis der Lerngruppe nicht passgenau erstellen.

Neben dem zu erwartenden zeitlich verzögerten individuellen Ankommen der Schüler und Schülerinnen im 11. Pflichtschuljahr ist auch die bisher unsichere beziehungsweise im Moment nur eingeschränkte Verfügbarkeit der finanziellen Ressourcen ein wesentlicher Hemmschuh. Wie meine ich das? – Die derzeitigen Kürzungen im Bildungshaushalt stellen aus unserer Sicht eine sehr große Herausforderung für das Gelingen dar, zumindest im ersten Durchgang des 11. Pflichtschuljahres. Die bisher zugewiesenen Abschlüsse erlauben es nicht, Verträge für die erste Hälfte des neuen Schuljahres 2024/2025 abzuschließen, damit die Maßnahmen zum Schuljahresbeginn starten können. Die zusätzliche Finanzierung bei einigen Ankerschulen mithilfe des Startchancen-Programms ist eine weitere Herausforderung, da das Programm im Moment noch nicht richtig angelaufen ist, sodass auch hier bislang kaum Verträge mit Trägern, Maßnahmen und Projekten geschlossen werden konnten, die wir jedoch zum Schuljahresbeginn dringend brauchen werden. Die für das Ankommen besonders kritische Phase ist die Zeit bis zu den Oktoberferien. Alle Ankerschulen im Startchancen-Programm stehen in gewisser Weise auch in Konkurrenz um jene Träger und Maßnahmen, die im Startchancen-Programm schon gelistet sind, da wir zwei Drittel der Mittel für die Maßnahmen der Säule II des Startchancen-Programms tatsächlich verwenden sollen und müssen.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Herr Raehse, ich müsste Sie leider bitten, so langsam zum Ende Ihrer Stellungnahme zu kommen. Sie können aber im Zuge der Diskussion gern noch mal vertiefend auf die Punkte eingehen, die Sie noch auf dem Zettel haben. Das ist gar kein Problem.

Jörg Raehse (BBB e.V.): Gut. – Dann will ich als weiteren Punkt in aller Kürze die Verfügbarkeit von Praktikumsplätzen nennen, die eine weitere Herausforderung darstellt. Im eigenen Berufsfeld ist es für die Oberstufenzentren und die berufsbildenden Schulen kein Problem, in allen anderen Berufsfeldern schon. Die Akquise von Praktikumsbetrieben stellt neben der

inhaltlichen Ausgestaltung eine große Herausforderung dar. Das heißt, hier würden wir uns wünschen, dass es auch noch mal eine konzertierte Aktion gibt, die dazu führt, dass die Betriebe und die Kammern noch mehr Praktikumsplätze zur Verfügung stellen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Wie gesagt haben wir sicherlich noch eine vertiefende Diskussion. Wir haben auch schon Wortmeldungen. – Herr Rahmig, Sie sind dran; fünf Minuten für Sie.

Ronald Rahmig (BBB – Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin e. V. – BBB e. V. –; Vorsitzender): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Senatorin! Liebe Abgeordnete! Wir haben ja schon häufiger zu dem Thema gesprochen, und ich finde, wir können es nicht oft genug tun, da ich es gesellschaftlich für ein ganz wichtiges Thema halte, denn wir brauchen die Leute, und egal ob wir sie haben wollen oder nicht, sie sind trotzdem da, und wir müssen mit ihnen auch vernünftig umgehen. Der BBB hat die Verpflichtung des 11. Schuljahres von Anfang an gefordert. Das möchte ich immer wieder betonen. Wir stehen auch dazu. Allerdings hatten wir möglicherweise andere Vorstellungen davon, wie es ausgestaltet wird. Wir stehen nach wie vor dazu, dass dieses 11. Pflichtschuljahr ein Erfolg für die Schülerinnen und Schüler werden muss. Deshalb ist die Kritik, die wir haben, die ich hier auch äußere, als konstruktiver Akt zu verstehen; so ist sie jedenfalls gemeint.

Wenn wir über das 11. Pflichtschuljahr sprechen, sind es eigentlich zwei Konstrukte, über die wir reden: Das eine ist die Verpflichtung zum 11. Schuljahr, das es schon sehr lange gibt. Ganz früher gab es MDQM, OBF 1 und so was alles. Das war ja auch mal verpflichtend. Das zweite Konstrukt ist der neue IBA-Bildungsgang, IBA Praxis. Selbst wenn er IBA heißt, ist das ein völlig anderes Konstrukt, als es die IBA bisher war. Ich finde, in der Diskussion wäre es klug, das auch voneinander zu trennen. Die Verpflichtung für das 11. Jahr wäre die Verfolgung der Schülerkarrieren, unter anderem auch mit der LUSD. Das finden wir nach wie vor richtig; das haben wir uns gewünscht. Ob jetzt ein neuer Bildungsgang mit den Disruptionen, die beispielsweise Herr Raehse eben schon angesprochen hat, wirklich der Weisheit letzter Schluss ist, müsste man dann noch mal schauen und vor allen Dingen von vornherein engmaschig evaluieren und prüfen, wie es läuft.

Was mir auch fehlt, ist eine Analyse des bisherigen Systems: Warum hat das eigentlich nicht funktioniert? Wir hatten schon seit vielen Jahren die Verpflichtung zur beruflichen Orientierung in der Sek I. Wir hatten die Praktikumsplätze und den Übergang. Warum hat das so, wie es war, nicht funktioniert? Dazu kenne ich keine belastbare Analyse. Das hätte ich aber wichtig gefunden.

Dann ist mir noch mal der Unterschied zwischen den Interessen der Schülerinnen und Schüler im Übergang und der Gestaltung ihres Lebens und den Interessen der Wirtschaft wichtig. Ich finde, dass die Interessen der Schülerinnen und Schüler an erster Stelle stehen sollten und der Fachkräftemangel natürlich auch wichtig ist, aber nicht dominieren sollte. Das 11. Pflichtschuljahr könnte letztendlich insgesamt natürlich auch eine Verlängerung der Entwicklungszeit im Rahmen einer Verlängerung der Bildungskette bedeuten.

Zum Bildungsgang IBA Praxis hat Herr Raehse eben schon etwas gesagt, Frau Seypt wird auch noch etwas dazu sagen. Es ist insgesamt ein Konstrukt mit erheblichen Disruptionen.

Die Veränderung der Aufgabe der Schulen, die Vermittlung von Praktikumsplätzen in fremden Gewerken und Ähnliches, die Frage, wie der warme Übergang geht, die Verpflichtung, überhaupt eine Schule anzunehmen: Das alles sind Punkte, die die Schulen sehr belasten, einen erheblichen Aufwand und vor allen Dingen auch ein Regelwerk bedeuten, das dazu geschaffen werden muss, und letztendlich stellt sich die Frage, ob das überhaupt hilft. Wir stellen auch fest, dass die Auswirkungen von Regeln, die aufgestellt werden, mitunter nicht ganz zu Ende gedacht sind. Letztendlich bleibt das dann alles an den Schulen hängen. Kleines Beispiel: Wenn also ein Schüler oder eine Schülerin als Erstwunsch Berufsausbildung und als Zweitwunsch IBA an der entsprechenden Schule wählt, die Schule übernachgefragt ist und es mit der Ausbildung nicht klappt, dann sind die Plätze durch die Übernachtfrage schon verteilt und der Mensch landet nicht an der Schule, die zu seinem Ausbildungsberuf gehören würde, wo eine gute Vermittlungschance besteht, sondern wird dann über die Ankerschulen irgendwohin verteilt, und zwar wohnortnah, völlig unabhängig von der Frage, welcher Inhalt das ist. Das halte ich für eine große Schwäche, aber das zeigt eben auch, dass diese Regeln, die eigentlich dazu gedacht sind, Schülerinnen und Schüler zu versorgen, möglicherweise das Ziel, ihnen zu helfen, ihren Weg ins Leben zu finden, nicht unbedingt erfüllen.

Mir fehlt auch eine klare Beschreibung: Was ist eigentlich das Ziel und wie sind die Prioritäten, das Ziel zu erreichen, auch gerade für die nicht schulischen Stakeholder, unter anderem die Praktikumsbetriebe, Betriebe und Bildungsträger, die da ja auch beschäftigt sind? Es ist eben schon angesprochen worden, Frau Henke hat das gesagt, dass sich in dem Feld insgesamt außer den Schulen noch ganz viele andere Stakeholder tummeln, was auch richtig ist, und deren Rolle wird, glaube ich, Herr Vogelsang an der Stelle noch mal beleuchten. Der Fokus liegt im Augenblick sehr stark auf den beruflichen Schulen, und ich glaube, das ist möglicherweise ein bisschen zu kurz gesprochen. Im Zusammenhang damit geht es nicht nur um die Ankerschulen, sondern dieses System, dieser neue Bildungsgang hat auch erhebliche Auswirkungen auf den bisherigen Bildungsgang, da wir einen sehr viel stärkeren Fokus auf den Übergang in eine reguläre IBA, also Erstwunsch-IBA, wahrnehmen, dann zum Beispiel auch anstelle der Suche eines Ausbildungsplatzes, weil die Schülerinnen und Schüler natürlich verhindern wollen, dass sie irgendwohin verteilt werden, und dann suchen sie sich lieber etwas, das sie fest haben, als die Ungewissheit auf sich zu nehmen, ob das mit dem Ausbildungsplatz noch klappt und sie dann hinterher irgendwie verteilt werden. Das ist ein Effekt, den wir jetzt schon in Ansätzen sehen. Wie groß er sein wird, wissen wir nicht. Ich hoffe, dass er nicht so groß sein wird, aber das ist auch ein Punkt, der uns möglicherweise noch auf die Füße fallen wird.

Ich würde mir wünschen, dass wir in diesem ganzen Übergangssystem insgesamt noch mal prüfen, wo denn die Punkte sind, wo wir bei der Orientierung der Schülerinnen und Schüler hochwirksam werden können: Das ist eben auch schon gesagt worden, wahrscheinlich immer noch sehr viel stärker in der Sek I. In dem System der Berufsorientierung ist immer noch Luft, glaube ich. Dann wünsche ich mir vor allen Dingen eine frühzeitige Evaluation der Entwicklung jetzt, auch vor den Ferien, wie denn das Anmeldeverhalten ist und ob sich irgendwo Schwerpunkte, Ballungen oder Probleme auftun. Wir können das durch die LUSD relativ gut monitoren. Vor allen Dingen wünsche ich mir auch die stärkere Einbeziehung der anderen Stakeholder, auch der JBA. Wenn ich höre, dass sie in den Ferien noch Vermittlungen tätigen wollen, widerspricht das meiner Erfahrung, dass Schülerinnen und Schüler in den großen Ferien eher schlecht zu erreichen sind, insbesondere die, die sowieso schon schuldistant sind. Da müsste noch mal geschaut werden.

Ich möchte an der Stelle auch noch mal darauf hinweisen, dass der BBB und andere Akteure der Bildung überlegt haben, ob nicht ein anderes Steuerungsmodell des beruflichen Übergangs, zum Beispiel das Landesinstitut für Berufliche Bildung oder so etwas, eine Lösung wäre, und dass wir vor allen Dingen stärker schauen müssen, dass wir die Schülerinnen und Schüler gar nicht erst verlieren, damit wir sie hinterher nicht teuer und aufwendig einsammeln müssen. Wir brauchen insgesamt einfachere Lösung und nicht solche komplexen Konstrukte, wie wir sie jetzt haben. – Danke!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank Ihnen! – Als Nächste ist Frau Seypt dran. – Bitte schön!

Karen Seypt (Hans-Böckler-Schule, OSZ Konstruktionsbautechnik; Schulleiterin): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Senatorin und sehr geehrte Abgeordnete, dass ich die Chance habe, heute hier zu berichten! – Wir haben es ein bisschen aufgeteilt, ich werde tatsächlich ein bisschen mehr aus der Praxis erzählen. Ich nehme die Lupe und lege diese mal auf mein OSZ und auch ein Stück weit auf die anderen, denn wir sind alle im regen Austausch miteinander.

Die Vorbereitungen zu diesem neuen Bildungsgang laufen. Ich sage jetzt mal: Wir umarmen die Herausforderung mit viel guter Laune. Die Curricula sind vorbereitet. Diese sind zum Glück sehr offen, sodass wir größtmögliche Gestaltungsspielräume haben, denn tatsächlich haben wir überhaupt keine Ahnung, welche Schülerinnen und Schüler kommen. Das können multiple Problemlagen sein, inklusive Thematiken, und es können natürlich auch ein paar verschnarchte Schülerinnen und Schüler dabei sein. Wir wissen es also einfach noch gar nicht so ganz genau, und je flexibler wir aktuell noch sind und je breiter wir uns aufstellen, desto einfacher wird es möglicherweise für uns werden.

Wir wissen tatsächlich auch nicht, wie viele Schüler und Schülerinnen wirklich kommen. Es sind ja 60 Plätze bei uns in der Schule, insgesamt 900, und uns sind ISS und auch Gymnasien klar zugewiesen worden. Ich weiß aber natürlich nicht, ob das jetzt wirklich hinhaut; ich kann es nur hoffen. Wenn wir deutlich mehr Schülerinnen und Schüler haben, heißt das für uns: Was machen wir mit denen? – Vielleicht sind ein paar davon hochabsent, vielleicht auch viele. Trotzdem ist es nicht mein pädagogischer Anspruch zu sagen: Die nicht kommen, die kommen halt nicht –, sondern im Gegenteil, um sie müsste ich mich eigentlich umso mehr bemühen, wenn das den Gedanken dieses Bildungsganges tatsächlich auch so aufnimmt.

Wir haben intern Kolleginnen und Kollegen gefunden, die auf diese Arbeit Lust haben, und ich habe mittlerweile auch immerhin schon drei erfahrene Kolleginnen, die von anderen Schulen kommen. Das freut mich sehr. Das heißt aber auch, dass diese drei Kolleginnen an anderen Schulen fehlen. Das Tischtuch ist tatsächlich immer nur so lang, wie es ist, und an anderer Ecke fehlt es dann. Wir durften eine Sozialarbeiterstelle ausschreiben. Das ist aber eine Umwandlung. Das macht mir ein bisschen Bauchschmerzen, da ich es zum ersten Mal mache und mich natürlich frage: Ein Sozialarbeiter, eine Sozialarbeiterin ist nicht als Unterrichtender oder Unterrichtende im Unterricht, das heißt, mir fehlt dann möglicherweise irgendwann auch jemand, der unterrichtet.

Mit den Kooperationsschulen sind wir im Gespräch. Das ist in den Oberstufenzentren bisher sehr unterschiedlich gelaufen. Wir haben, glaube ich, mittlerweile alle eingeladen, und die Resonanz war tatsächlich verschieden. Bei einigen lief das super, bei mir persönlich eher so mittel. Von den neun ISS, die ich eingeladen habe, haben sich nur sechs zurückgemeldet. Dann wurde von der Senatsverwaltung noch mal nachgehakt. Zwei fehlen mir immer noch. Sie haben keinen Kontakt mit mir aufgenommen. Ich hoffe, das passiert noch. Auch die, die zu mir kamen, sind aber tatsächlich einfach mit ganz vielen Dingen, die zu tun sind, ganz schön gefordert. Ich sehe das nicht als Böswilligkeit, sondern einfach als noch eine Aufgabe mehr, die sie haben und der sie sich annehmen, die dann aber vielleicht nicht die erste ist, die sie angehen.

Ich habe noch sieben Gymnasien, aber eben auch neun ISS. Die nehme ich jetzt vor allen Dingen in den Fokus. Davon sind vier in Ahrensfelde. Ich bin ja nun im Herzen von Kreuzberg, und die Schülerinnen und Schüler müssen dann wahrscheinlich 50 Minuten fahren. Auch das ist für mich natürlich eine Hürde. Ich hätte mir gewünscht, dass alle Schülerinnen und Schüler aus dem Umfeld kommen. Ich hatte gehört, dass es in Hamburg so läuft. Wir werden sehen; ich hoffe, dass das gut klappt, aber bei diesen Schülerinnen und Schülern aus Ahrensfelde weiß ich noch nicht, wie und ob das so funktionieren wird.

Wir haben einen großen Workload, allein im Bereich der Verwaltung. Ich witzele immer herum, meine Sekretariate und die Abteilungsleitung bekommen von mir jeden Tag Vitamine, und ich sage jedem jeden Morgen: Ich freue mich so, dass du da bist –, und jeden Tag immer wieder: Mensch! Und morgen geht es weiter hier –, und bedanke mich ganz herzlich. Ich hoffe, das wird auch so bleiben, denn das wird einfach richtig viel; viel mehr, als es jetzt schon ist. Gerade um die Sommerferien herum sind die Sekretariate massiv ausgelastet.

Ich habe das Glück, dass ich mit meiner Schule im Startchancen-Programm bin, und freue mich auch, dass das jetzt langsam losgehen darf. Für mich ist wichtig – das habe ich der Senatorin auch schon gesagt –, dass gerade die Umbaumaßnahmen bei uns schnellstens funktionieren, denn wenn alles so läuft, wie wir uns das vorstellen, haben wir demnächst zwei Bildungsgangbegleitungen sowieso, zwei neue Bildungsgangbegleitungen, jemanden für Ausbildungsabbrüche, eine JBA-Beraterin, eine JBA-Beraterin nur für den Bereich der IBA Praxis, dann haben wir sowieso zwei Sozialarbeiter, da wir tatsächlich auch sehr viel Geflüchtete bei uns im Haus haben, einen weiteren Sozialarbeiter und dann möglicherweise über das Startchancenprogramm noch eine zusätzliche Unterstützung. Das heißt für mich, selbst wenn ich in vielen Bereichen zwei zusammensetzen kann, womit sie auch schon nicht glücklich sind, brauche ich mindestens sieben Büros, denn alle berufen sich auf den Datenschutz, eigentlich will jeder allein sitzen, aber das kann ich natürlich gar nicht stemmen. Ich muss Konferenzräume teilen und schauen, dass ich Räume datenschutzsicher bekomme, sodass man sich nicht stört. Da reicht es nicht, einen Aufsteller irgendwo hinzustellen. Das heißt, ich muss tatsächlich umbauen.

Wie auch schon Herr Raehse sagte, ist es ganz wichtig, dass wir Praktikumsplätze haben. Ich bitte Sie, appellieren Sie ganz stark an die Wirtschaft, dass Sie uns die Möglichkeit geben, die Schülerinnen und Schüler in Praktika unterzubringen, denn über Werkstätten können wir das nicht gewährleisten. Ich habe Metall, das heißt meine Schülerinnen und Schüler, so sie denn aus Ahrensfelde den Weg zu uns finden, werden sich nicht sehr begeistert zeigen, wenn sie bei mir feilen sollen. Ich habe natürlich Lust, mit den Schülerinnen und Schülern auch anderes zu gestalten. Ich werde auch schauen, ob ich das über das Startchancen-Programm machen kann, aber tatsächlich ist es natürlich viel besser, wenn sie in die freie Wirtschaft gehen. Auch Ringtausche unter den Oberstufenzentren können wir vereinzelt machen, aber das geht nicht für die große Masse. – Ich danke Ihnen!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Ich danke! – Bei wichtigen Themen braucht man gute fünf Minuten, und die hat jetzt Herr Vogelsang. – Bitte schön! Sie haben eine Powerpoint für uns mitgebracht, sehr schön.

Siegfried Vogelsang (GFBM Akademie gGmbH; Präsident und Geschäftsführer sowie Mitglied der Agenda-Gruppe für Berufliche Bildung Berlin 2026 bei den berliner wirtschaftsgesprächen e. V. – bwg –): Jetzt kommen nicht hundert Folien, sondern vielleicht nur sieben. – Schönen Dank, dass ich die Gelegenheit habe, hier zu sprechen! Mein Beitrag wird – obwohl die Uhr läuft, muss ich die kurze Einführung machen – ein bisschen anders als die Beiträge der Kollegen ausgerichtet sein. – Das funktioniert nicht, die Folien gehen nicht weiter.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Die Technik kommt schon, einen Moment! Die Uhr wurde übrigens auch schon angehalten. – Damit Sie das ohne Druck beheben können, würde ich vorschlagen, wenn das Ihre Choreografie nicht durcheinanderbringt, dass jetzt Herr Wittke

seine fünf Minuten nutzt und dass wir dann zu Ihnen zurückkommen, Herr Vogelsang. Wäre das in Ordnung?

Siegfried Vogelsang (GFBM Akademie gGmbH; bwg): Ja.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Alles klar. – Herr Wittke, bitte schön, Sie haben das Wort!

Jürgen Wittke (Handwerkskammer Berlin; Hauptgeschäftsführer): Von der Dramaturgie her werde ich das Thema ein bisschen grundsätzlicher machen, ist ja klar. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Das 11. Pflichtschuljahr erfährt in der Gesamtwirtschaft eine große Unterstützung, und ich will Ihnen auch sagen, warum die Unterstützung im Handwerk vielleicht sogar besonders groß ist. Wenn wir uns anschauen, wie die Schulabschlüsse der jungen Leute aussehen, die schon im Handwerk in Ausbildung sind, haben wir rund ein Viertel mit Abitur, 45 Prozent mit Mittlerem Schulabschluss, Realschulabschluss, und das heißt im Umkehrschluss, dass 30 Prozent der Leute, die im Handwerk eine Ausbildung machen, sich auf die Hauptschule oder Erweiterte Berufsbildungsreife verteilen, also 30 Prozent, die unter dem Mittleren Schulabschluss angesiedelt sind. Wir merken heute auch, dass wir sehr viel tun müssen, um Leute in Ausbildung zu halten. Das geht mit klassischer Nachhilfe los. Wir haben eine Ausbildungsakademie, deren Kurse sich von Jahr zu Jahr verdoppeln, wo wir also merken, da geht es um Nachhilfe, um Sprachertüchtigung und vieles mehr.

Wir glauben, dass dieses 11. Pflichtschuljahr generell sehr positiv ist, da es – in der Theorie zumindest – die Chance birgt, dass niemand verloren geht, oder vielleicht ein paar Leute weniger als in den anderen Jahren verloren gehen. Wir glauben auch, dass es das Übergangssystem etwas übersichtlicher machen kann. An der Stelle glauben wir, dass das Thema Berufswahl, das wurde hier schon gesagt, natürlich auch schon in der Sekundarschule eine große Rolle spielen muss, aber dass es eben, wenn es aus irgendwelchen Gründen bis zur 10. Klasse nicht geklappt hat, danach vielleicht noch klappen kann. Wir müssen ja sehen, dass es Gründe hat, wenn jemand diese Anschlussperspektive nicht hat. Hier wurde auch schon gemutmaßt; verschiedenste Gründe werden es nachher sein. Natürlich ist das Praktikum ein ganz tolles Instrument, denn es birgt die Chance, dass ein junger Mensch, der vielleicht zehn Jahre überwiegend Frusterlebnisse in der allgemeinbildenden Schule hatte, auf einmal seine Liebe zu irgendetwas entdeckt, das in der Schule vielleicht keine große Rolle gespielt hat. Insofern glaube ich schon, dass das hier der durchaus richtige Ansatz ist.

Wir müssen aber an der Stelle auch sehen, dass wir Betriebe haben, und diese haben nicht per se Interesse an Praktika oder Praktikantinnen oder Praktikanten, sondern sie haben ein Interesse an Praktikantinnen oder Praktikanten, die in irgendeiner Form die Chance haben, vielleicht zu Auszubildenden, zu Fachkräften oder auch erst einmal nur zu Arbeitskräften zu werden. Das müssen wir, glaube ich, bei dem Thema und bei dem allgemeinen Appell, den ich ja verstehen kann, dass die Betriebe bitte noch mehr Praktikumsplätze bereitstellen müssen, auch immer im Blick haben. Das heißt, wenn wir eine sehr problematische Zielgruppe haben oder eine Zielgruppe, die große Probleme aufweist, um es mal direkter zu sagen, und ich sie jetzt mehr oder weniger planlos in Betriebe schicke, einfach nur, weil ich sage, das ist jetzt besser, als sie in einem geschützten Raum in einer Werkstatt im OSZ zu haben, oder weil ich vielleicht auch gar nicht die Kapazitäten habe, dann habe ich natürlich das Risiko, dass

das Netzwerk, das das OSZ, wir als Handwerkskammer und die Innungen haben, auch ein Stück weit sehr stark belastet wird. Das heißt, man muss an der Stelle auch immer schauen, dass so ein Praktikum im Betrieb, das der Berufsorientierung dienen soll, mit einer guten Vor- und Nachbereitung steht und fällt. Deshalb würden wir die Forderung der OSZ, dass es hier auch um Ausstattung gehen muss, sehr unterstützen, das heißt personell, also mit pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und wahrscheinlich auch die Ausstattung generell.

An der Stelle muss man eben schauen: Wahrscheinlich wird es dann immer noch eine Gruppe geben, die man doch eher im geschützten Raum an Berufe heranzuführen versucht, denn – stellen Sie sich einen kleinen Betrieb vor! – selbst ein kleiner Betrieb, der sehr engagiert und sehr sozial eingestellt ist, möchte natürlich Praktikanten haben, die eine Grundmotivation mitbringen oder wenigstens ein Grundinteresse in dem Bereich entwickeln könnten. Das heißt, ich glaube, wenn wir das gut machen, ist das eine Riesenchance. Wir sollten nur nicht die Betriebe an der Stelle – in Anführungszeichen – verbrennen, die immer guten Willens sind und das auch heute sind.

Glauben Sie mir, ich kenne viele Handwerkerinnen und Handwerker, die wirklich Kummer gewöhnt sind in dem Bereich: Wie kann man Matching unterstützen? Wie kann man junge Leute, bei denen im Leben vieles schief gelaufen ist, doch noch auf die Spur bekommen? Die sind auch nicht sauer, wenn jemand mal einen Tag nicht kommt oder wenn er mal in einem ganz furchtbaren Zustand antritt. Auch unsere Azubi Akademie, die sehr akademisch klingt, befasst sich an vielen Stellen mit ganz irdischen Problemen: mit Handyschulden, die meine Ausbildungsvergütung auf null setzen, mit Drogenproblemen, mit massiven psychischen Problemen, mit sozialen Problemen von zu Hause. All das ist Betrieben auch klar, und damit gehen Betriebe in dieser Stadt auch jeden Tag um, aber ich glaube, wir müssen an der Stelle dann wirklich schauen, wie wir das gematcht bekommen. Wir als Handwerkskammer stehen dafür als Partnerin der OSZ bereit. Wir sind auch bereit, viel Unterstützung zu geben, uns viel abzustimmen. Der Wunsch, der vorhin bei den OSZ-Kollegen anklang, dass man es am Ende bei der Mischung, wer in welches OSZ geht, vielleicht doch noch hinbekommt, das im Zeitverlauf ein Stück weit stärker an den Wünschen der jungen Leute auszurichten, macht Sinn, und wir werden das Thema auch offensiv in die Öffentlichkeit bringen. Wir haben jetzt aus der Fachverwaltung in der übernächsten Woche – Wir haben eine Geschäftsführerinnen- und Geschäftsführerrunde in der Kammer, bei der die ganzen Innungen zusammenkommen. Da werden wir das Thema noch mal intensiv vorbereiten. Die Innungen werden wieder an ihre Betriebe herangehen. Wir werden das massiv unterstützen, wo wir können.

Wir haben eben nur einen Versuch, denn man muss sehen: Es ist ein 11. Pflichtschuljahr, und das heißt, individuell für die junge Frau, für den jungen Mann ist es eine Art Last-minute-Angebot. Insofern haben wir auch nicht allzu viele Chancen, hier große Fehler zu machen, denn für den Einzelnen ist es dieses eine Jahr, und danach ist die riesige Gefahr, dass die Schulpflicht endet. Wenn wir die Leute dann verlieren, wäre das wahnsinnig schade. Insofern sind wir nicht nur für dieses 11. Pflichtschuljahr, sondern wir haben auch ein hohes Interesse, dass es gelingt und dass die OSZ an der Stelle auch die notwendige Unterstützung bekommen. – Vielen Dank! Mehr Vorfilm ging jetzt nicht.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank, dass Sie Ihre Zeit kollegial ausgenutzt haben! – Ich schaue mal in Richtung Technik.

Siegfried Vogelsang (GFBM Akademie gGmbH; bwg): Also noch mal, ich glaube, das klappt nicht. Es ist eine Folie dabei, die quasi der Kern meines Beitrags ist, insofern bin ich darauf ein bisschen angewiesen.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Eine Frage an die Technik: Ist es möglich, dass die Präsentation von Ihnen da hinten aus zentral gesteuert wird?

Siegfried Vogelsang (GFBM Akademie gGmbH; bwg): Ich kann ja anfangen, wir können das Ganze ja jetzt mal praktisch durchziehen. – Noch mal schönen Dank, dass ich eingeladen worden bin! Eine kurze Vorstellung: Mein Name ist Siegfried Vogelsang. Ich bin Geschäftsführer der GFBM Akademie, einem Unternehmen, das im internationalen Bildungsconsulting tätig ist und aktuell an einer Bestückung von künstlicher Intelligenz für Lernmanagementsysteme arbeitet. In dieser Funktion bin ich nicht hier; hier und heute bin ich für die Fachgruppe Berufliche Bildung der berliner wirtschaftsgespräche e. V., in der wir uns seit Jahren um die Reform der beruflichen Bildung in Berlin bemühen und insbesondere darauf achten, ob das, was im Koalitionspapier steht, tatsächlich auch umgesetzt wird. Darin steht ja auch etwas zum 11. Pflichtschuljahr. Insofern können wir hier etwas dazu sagen und fühlen uns auch dazu bemüht.

Ich möchte jetzt gern drei Botschaften loswerden, die mit Folien sicherlich besser rüberkommen würden, aber jetzt mal mündlich drei Botschaften. Die erste Botschaft geht in Richtung Sekundarstufe I. Wir sagen, dass die Berufsorientierung an Sekundarschulen sichtbar sein muss. – Herr Hopp! Wir hatten vor längerer Zeit mal zum Thema Schulwerkstätten, Makerspaces das Vergnügen, und darauf möchte ich kurz eingehen. – Das zweite Thema ist, dass wir meinen, dass hier in der Anhörung zu wenige sitzen, weil die Schule überrepräsentiert ist. Wir meinen, dass die Jugendhilfe eigentlich viel stärker hier sitzen müsste, und dass die Jugendhilfe in dem ganzen Konzert des 11. Pflichtschuljahres stärker die Pauke rühren sollte. Das dritte, und das ist meine Folie, die ich gern zeigen würde, wenn ich könnte, bezieht sich auf den Begriff Good Governance. Wir meinen, dass der Schulbereich, also die Berufsorientierung, wie auch der Übergang nicht Good Governance ist, sondern quasi chaotisch. Die zentrale Folie, die ich zeigen wollte, war ein sogenanntes Wimmelbild, in dem sich die unterschiedlichsten Akteure in dieser Stadt um berufliche Orientierung kümmern, die sie finanzieren, beraten, begutachten, und die konkurrieren und im erbitterten Wettstreit zueinander stehen, um möglicherweise zu Zielen zu kommen, die in abgestimmter und strukturierter Form besser erreicht werden können. Wir plädieren hier für eine systemische Neujustierung.

Ich will das kurz zusammenfassen. Das Erste ist, dass wir meinen, dass die Zielgruppe, die ins Auge gefasst wird, falsch gedacht wird. Frau Günther-Wünsch nennt immer 900 Leute bei 3 000. Mir ist aber nicht ganz klar, wo die Zahl 3 000 herkommt und wie Sie auf die 900 kommen. Eigentlich sind sie verschwunden; „die im Dunkeln sieht man nicht“. Wir glauben, dass die, die im Dunklen sind, ob sie nun aus Ahrensfelde kommen oder von woanders, mit den Angeboten, die wir gegenwärtig über das 11. Pflichtschuljahr planen, nicht erreichbar wären. Europäisch wird diese Zielgruppe als NEETs bezeichnet: not in education, employment or training. Das ist eine ganz schwierige Zielgruppe, mit der sich Schule bisher in der Weise beschäftigt hat, als dass sie ausgegrenzt wurden, und sie mit dem Instrument Schule anzusprechen, halten wir für eigentlich nicht machbar, und wir halten es auch nicht für realisierbar, das über die Institution Oberstufenzentren zu machen.

Ich komme kurz zu den Forderungen oder Vorschlägen, die wir haben. Zum einen fordern wir oder möchten wir gern für die Sekundarstufe I den Vorschlag machen, dass man das Thema der Schulwerkstätten stärker in den Vordergrund rückt und das Thema Makerspaces, wie wir sie nennen, beachtet. Wir als berliner wirtschaftsgespräche e. V. fordern 50 Makerspaces für Berliner Schulen, um das Thema des praktischen Lernens stärker zu präsentieren und auch als sichtbaren Ort an Sekundarschulen zu platzieren. Das Zweite ist, dass wir in Berlin ein unseres Erachtens ausgezeichnetes Instrument haben, nämlich das Qualitätssiegel Berlin für exzellente berufliche Orientierung. Wir meinen, dass dieses Siegel viel stärker promotet werden sollte und Schulen animiert und befähigt werden sollten, dieses Siegel anzustreben und als Gütesiegel für gute berufliche Orientierung an allgemeinbildenden Schulen zu sehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Der andere Punkt jetzt in aller Schnelle: – Achten Sie jetzt mal nicht auf die Folien! – Ich versuche mal, noch eins zu finden. Wir können es dann auch im Diskurs dazu weitermachen. Kommen wir auf dieses Bild. Mein Vorgriff war, dass ich hier gern die Jugendberufshilfe stärker präsentiert sehen würde, da wir meinen, dass das Instrument der Jugendhilfe und der Jugendberufshilfe viel besser prädestiniert wäre, mit dieser Zielgruppe umzugehen, die ich vorhin als NEETs bezeichnet habe. Wir denken, dass dort Luft nach oben ist und wir mit der Jugendhilfe einen viel stärkeren Ort haben. Wenn ich höre, dass die Jugendhilfe im zukünftigen Sparverhalten zugunsten der Schule gestrichen werden soll, dann meinen wir, dass das der falsche Weg ist. Wir meinen, dass die Jugendhilfe und ihre Angebote bei der Ausgestaltung des 11. Pflichtschuljahres viel stärker beachtet werden sollten.

Ich komme noch mal zu dem Thema Good Governance. Dieses Bild hier haben wir zum Thema Überblick Berufliche Orientierung an allgemeinbildenden Schulen aufgezeichnet. Daran können Sie erkennen, wie kompliziert und verworren das selbst für Experten ist. Eine der Agenturen, die dort sind, die Jugendberufsagentur, ist ganz klein. Ich will noch einen Satz dazu sagen, was uns insbesondere im Bündnis für Ausbildung geärgert hat. Dort werden 47 Maßnahmen zusammengestellt. Wenn Sie die Suchmaschine darüber laufen lassen, kommt das Wort „Jugendberufsagentur“ kein einziges Mal vor. Deswegen kommen wir zu dem Punkt – ich hoffe, es funktioniert –, dass wir meinen, dass die Jugendberufsagentur zukünftig in einer systemischen Neusortierung viel stärker in den Mittelpunkt gerückt werden sollte, als die Spinne im Netz, die berufliche Orientierung sortiert.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Es funktioniert immer noch nicht. – Wir meinen, dass diese Jugendberufsagenturen zu einer One-Stop-Agency ausgebaut werden sollten und dass wir die Stichworte für die Weiterentwicklung dieser Jugendberufsagenturen haben, nämlich mit der Weiterentwicklung des SGB III zum Modernisierungsgesetz, §§ 9a oder 9b, 10 und 31, wo die Agenturen stärker in den Mittelpunkt gerückt werden sollen, quasi als Kooperationsverantwortliche. Wir sind jetzt hier in diesem Raum, wo Sie als Abgeordnete, als Senatorin, von der Agentur mehr oder weniger aufgefordert werden, sich in dieser Neuausrichtung der Jugendberufsagenturen stärker zu engagieren.

In diesem Sinne also drei Botschaften: Berufsorientierung braucht einen sichtbaren Ort an allgemeinbildenden Schulen – also wenn ich dort hineinkomme, sehe ich das Makerspace –, die weitaus stärkere Verpflichtung und Berücksichtigung der Jugendhilfe und der Jugendberufshilfe sowie Good Governance durch Stärkung und Festigung der Jugendberufsagenturen. – Schönen Dank!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen lieben Dank! – Schön, dass es mit der Präsentation noch geklappt hat. Vielen Dank an die Technik dafür! – Dann kommen wir jetzt zur Beratung. – Frau Aydin, Sie sind als Erste dran. – Bitte schön!

Sevim Aydin (SPD): Erst einmal vielen Dank für die Ausführungen! – Wir haben das 11. Pflichtschuljahr mit dem Ziel eingeführt, dass im Mittelpunkt die Interessen der Jugendlichen stehen sollten, welche Berufswahl sie treffen. Das ist aus meiner Sicht das Wichtigste. Wir hatten auch Wert darauf gelegt, dass man die Jugendlichen auch mit Praktika an den Beruf heranführt. Ich weiß, dass es dabei Schwierigkeiten gibt, aber ohne Praktika wird man das 11. Pflichtschuljahr nicht so hinbekommen, wie wir uns das vorgestellt haben, denn ich glaube, alle von Ihnen wissen, dass es in Berlin schon so ein 11. Pflichtschuljahr gegeben hat, und es kann nicht sein, dass wir wieder ein ähnliches Konzept haben. Das sollte ja ein Unterschied zum 11. Pflichtschuljahr sein, das es mal in Berlin gab, dass die Jugendlichen die Berufswahlentscheidung tatsächlich anhand der Praxis herbeiführen können. Nach meiner Auffassung darf das Ganze nicht dazu führen, dass alle Schülerinnen und Schüler irgendwann in diesen Werkstätten landen. Das ist aus meiner Sicht ganz wichtig. Ich verstehe die IHK, auch die HWK, wenn sie sagen: Wir brauchen dabei Unterstützung. – Das sollte auch so sein.

Der zweite Punkt – es sind noch zwei weitere Punkte –: Zum einen haben wir uns als SPD wirklich dafür ausgesprochen, das wie in Hamburg wohnortnah zu machen, denn ich finde, das ist eine Voraussetzung, ein Gelingensfaktor für das 11. Pflichtschuljahr, denn wir wissen, dass die Jugendlichen ihre Berufswahlentscheidung hauptsächlich nach Wohnortnähe treffen und eben nicht nach Interessen. Das sollte dazu führen, dass sie die Berufsorientierung an den Oberstufenzentren eben wohnortnah umsetzen können.

Der andere Punkt, der wichtig ist, damit das gelingt, ist nach meiner Auffassung, dass die Jugendlichen eine Bezugsperson haben. Unsere Vorstellung war ja, dass die Berater an den Oberstufenzentren – ich nenne sie jetzt Schullaufbahnberater, sie heißen ja nicht mehr so – tatsächlich schon frühzeitig in die allgemeinbildende Schule gehen, um die Beziehungen zu den jeweiligen Schülerinnen und Schülern aufzubauen, damit man dann diesen Kontakt weiterführen kann.

Ich weiß, wir sind am Anfang des Ganzen und wir hatten auch mehrere Gespräche zu dem Thema, aber das sind für mich drei Punkte, die nach meiner Auffassung gelingen müssen, damit das 11. Pflichtschuljahr dann auch tatsächlich gelingt. Ich hatte die Senatorin schon so verstanden, dass die Schulen jetzt eigentlich genug Zeit haben, um das notwendige Personal einzustellen, aber dazu kann die Senatorin gleich noch mal Stellung nehmen.

Das wären jetzt erst mal nicht so viele Fragen, aber das waren Anmerkungen, was ich aus Ihrem Vortrag noch einmal herausstellen wollte, was ich für wichtig erachte, damit das über-

haupt gelingt. Unser Ziel ist, dass wir die Jugendlichen tatsächlich an den Beruf heranzuführen. Wir haben auch gesagt, wir wollen sie nicht beschulen. Es ist uns schon klar, dass wir da natürlich Problemfälle haben.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Frau Aydin, ich müsste Sie auf die Zeit hinweisen. Tut mir leid!

Sevim Aydin (SPD): Sorry! – Gut. Danke, das war es damit.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen lieben Dank! – Frau Brychey ist als Nächste dran.

Franziska Brychey (LINKE): Vielen herzlichen Dank! – Ich habe auch ein paar Fragen. Wir haben über das 11. Pflichtschuljahr gesagt, dass es vor allen Dingen ein Anzeichen dafür ist, dass unsere Berufsorientierung in der Allgemeinbildung nicht so gut funktioniert, dass allen Jugendlichen ein Angebot gemacht wird und keine Jugendlichen verloren gehen. Die Koalition hat die Einführung jetzt beschlossen, aber trotzdem stellt sich die Frage: Sie haben von der verbindlichen Anschlussberatung schon in der Sek I berichtet. Deswegen möchte ich hier den Senat auch noch mal nach der Ausstattung der BO- und BSO-Teams und -Tandems fragen, die diese Beratung mit durchführen sollen.

Die Frage der Berufsorientierung: Wir hatten das letzte Mal eine sehr ausführliche Anhörung dazu, inwieweit die Qualitätssicherung schon bis Klasse 10 gesichert ist und auch eine Evaluation angestrebt wird. Gerade heute haben wir nun die Kürzungsliste zugestellt bekommen, wo auch Projekte wie das Haus der Forscher oder das Produktive Lernen, IPLE, massiv gekürzt werden, das ein gutes Angebot in der Sek I ist, um an Beruflichkeit heranzuführen und den Übergang gut zu gestalten. Ich möchte den Senat fragen, warum die Entscheidung gefallen ist, IPLE so massiv zu kürzen.

Dann komme ich jetzt zu den Zahlen. Ich würde gern den Senat fragen, mit wie vielen unversorgten Jugendlichen Sie 2025/2026 planen, denn wir hatten Mitte des letzten Jahres 9 000 unversorgte Jugendliche. Das heißt, mit welchen Zahlen an Unversorgten planen Sie, die zum kommenden Schuljahr und im Schuljahr darauf versorgt werden müssen? Wie viele Stellen für Lehrkräfte müssen im Rahmen des 11. Pflichtschuljahres neu geschaffen werden, wie viele Stellen für Bildungsgangbegleitung und Schulsozialarbeit? Wie sieht die Stellenbesetzung jetzt schon vorbereitend aus, damit wir dann auch gut starten können?

Dann komme ich zum ganzen Bereich Curriculum. Sie haben dargestellt, liebe Anzuhörende, dass Sie gerade dabei sind, auch IBA Praxis weiterzuentwickeln. Da würde ich natürlich die Frage stellen: Wie schaffen wir es, die IBA hier praxisorientiert zu gestalten, ohne dass jetzt alles darauf gerichtet ist, den MSA oder anderes nachzuholen, sondern wirklich auf den Übergang, damit spätestens am Ende des 11. Pflichtschuljahres wirklich ein guter Übergang in die berufliche Ausbildung gestaltet wird? Ich möchte Herrn Wittke zur Rolle der Praktika fragen, die die Wirtschaft anbietet, und wenn Praktika erfolgreich verlaufen, ob dann Jugendliche auch schon während des Ausbildungsjahres übergehen können, beispielsweise direkt in die duale Ausbildung, und gar nicht unbedingt das 11. Pflichtschuljahr beenden müssen, sondern wenn ein Betrieb gefunden ist, der sagt: Wunderbar, das passt, das klappt –, können wir den jungen Menschen dann auch gleich in die duale Ausbildung überführen?

Zum Schluss wollte ich natürlich auch noch mal fragen: Wir haben ja Jugendliche, die Schuldistanz, psychosoziale Herausforderungen oder Sprachprobleme aufweisen, also Hindernisse haben. Welches Konzept hat der Senat, um diese Hemmnisse, egal ob sie in der Schullaufbahn oder später im Beruf auftreten, auch während des 11. Pflichtschuljahres adäquat abzubauen, und was heißt das in Ressourcenausstattung? – Danke!

Amtierende Vorsitzende Tonka Wojahn: Vielen Dank, Frau Brychcy! – Als Nächste Frau Schedlich. – Bitte schön!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank auch schon mal für die Ausführungen der Anzuhörenden! – Ich habe einige Nachfragen und hoffe, dass ich sie alle in meiner Redezeit unter bekomme.

Erst mal direkt in Richtung Senat: Herr Raehse hat sehr ausführlich ausgeführt, warum die Zeitpunkte, die im Moment für die Datenübermittlung geplant sind, eigentlich zu spät sind und dass es besser für die Planbarkeit oder generell die Planungen an den Ankerschulen wäre, jeweils schon früher mit dem Planungsprozess beginnen zu können. Könnten Sie ausführen, warum jetzt mit diesen Zeiträumen oder Daten geplant wird und ob es möglich ist, den Ankerschulen entgegenzukommen und ein bisschen früher zu starten?

Dann würde ich gleich die Frage von Herrn Vogelsang auch einmal an den Senat weitergeben und fragen, wie der Jugendhilfebereich eingebunden ist und sein wird und auch im Moment in der Planung schon dabei ist oder ob es Ideen gibt, wie man den ganzen Jugendhilfebereich noch mehr einbeziehen könnte. Dann direkt den zweiten Punkt, den Herr Vogelsang angesprochen hat: Er sagte, nicht alle werden mit dem aktuell geplanten Angebot erreicht werden. Da habe ich mich auch gefragt, ob zusätzlich ein außerschulisches Angebot geplant oder ausgeweitet werden soll. Frau Henke hat das vorhin auch angerissen. Vielleicht können Sie noch mal dazu ausführen, was mit den Jugendlichen passiert, die in der Allgemeinbildung schon zu dem Zeitpunkt nicht auftauchen, wenn die Beratungsgespräche geführt werden, und es deswegen bei ihnen gar nicht diese Daten geben wird.

Dann würde ich mich, ähnlich wie Frau Brychcy, den Personalfragen anschließen und das ganz konkret machen: Welche Stellen wurden jetzt wo geschaffen? Wie viele sind davon schon besetzt oder wie viele werden voraussichtlich unbesetzt bleiben, falls Sie dazu schon etwas sagen können? Außerdem braucht man Räumlichkeiten. Welche Räumlichkeiten fehlen jetzt an den Ankerschulen? Frau Seypt hat schon angerissen, dass es um Büroräume geht, aber vielleicht auch um Werkstätten. Welche baulichen Maßnahmen werden vielleicht noch mal wo nötig? Kann mit anderen Schulen oder Räumlichkeiten in der Nähe kooperiert werden? Wird das vielleicht auch nötig werden?

Wie wird mit den Schülern und Schülerinnen verfahren, die innerhalb des 11. Pflichtschuljahres keinen Anschluss erreichen, danach also am selben Punkt sind wie davor? Gibt es spezielle Maßnahmen, dann den Übergang in IBA Klassik zu gestalten, möglicherweise auch an anderen Oberstufenzentren? Wie sieht es dabei mit begleitenden Maßnahmen der Jugendberufsagentur aus? Ich würde die Frage auch noch mal allgemein stellen, inwiefern die Jugendberufsagentur jetzt eine andere Rolle spielen wird als zuvor. Vielleicht können Sie auch dazu noch mal ausführen.

Dann würde mich interessieren, wie die Evaluation und Weiterentwicklung geplant ist. Sicherlich wird es wie bei allem, das man neu einführt, Punkte geben, die man schon zum nächsten Schuljahr verbessern kann. Ist es geplant, dass sukzessive alle Oberstufenzentren irgendwann IBA Praxis anbieten? Was ist da der angedachte Zeitrahmen? Wann wird es so viele Plätze geben wie voraussichtlich Jugendliche, die mit dem Angebot 11. Pflichtschuljahr eigentlich erreicht werden sollen?

Dann noch schnell eine Frage zu den Praktikumsplätzen: Wenn sich jetzt schon abzeichnet, dass nicht alle jeweils im Praktikumszeitraum einen Platz finden werden, was sollen die Oberstufenzentren dann in diesen Praktikumszeiträumen mit den Schülern und Schülerinnen machen? Auch an die Schulleitungen die Frage, ob sie dazu schon Ideen oder ein Konzept haben.

Herr Raehse hat eine konzertierte Aktion gefordert oder angesprochen. Dann würde ich direkt an den Senat weitergeben, wie diese aussehen könnte und ob es mit der Senatswirtschaftsverwaltung gerade gemeinsame Planungen gibt, von denen wir erfahren könnten.

Dann als fürs Erste letzte Frage würde ich gern noch nach dem Thema Inklusion fragen, denn zu dieser Zahl von mehreren Tausend unversorgten Jugendlichen zählen nach meinem Verständnis höchstwahrscheinlich auch Jugendliche mit Inklusionsbedarfen. Wie will man bei dem Thema vorankommen? Auch da gibt es ja viele Menschen, die keinen Anschluss haben. Ist das mitgedacht?

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Herr Weiß!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Wir freuen uns natürlich, dass wir heute über das 11. Pflichtschuljahr sprechen. Meine Fraktion hatte bereits 2018 eine Gesetzesvorlage eingereicht, die genau das gefordert hat. Dementsprechend freuen wir uns natürlich, dass das jetzt endlich auf den Weg gebracht wurde.

Ich mache es ein bisschen kürzer und bitte, mir nachzusehen, dass sich bei der Vielzahl an Fragen, die schon gestellt wurden, vielleicht der eine oder andere Punkt doppelt. Der erste Sachverhalt richtet sich an den Senat: Da geht es um das Pflichtschuljahr, das an den Oberstufenzentren, an den Ankerschulen absolviert werden soll. Nun hat Herr Rahmig bereits die Problembeschreibung im Hinblick auf die Schülerverteilung angesprochen. Meine Frage zielt jetzt darauf ab, ob es Alternativen dazu gibt beziehungsweise geben könnte und ob diese mitgedacht werden.

Meine zweite Frage geht an die Anzuhörenden. Es wurde schon angesprochen, dass wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen wollen, als der VZ-11-Lehrgang ja auch zu Schuldistanz und Abbrüchen führte. Natürlich ergibt sich jetzt die Fragestellung, wie man vermeiden kann, dass das 11. Pflichtschuljahr zu solch einer Warteschleife verkommt. Ich habe Herrn Vogelsang dahingehend auch so verstanden, dass die Jugendberufsagentur dabei eine zentrale Rolle spielen soll. Könnten Sie noch einmal dezidiert darauf eingehen, vielleicht auch die anderen Anzuhörenden, wie Sie sich das konkret vorstellen?

Dann schließe ich an das an, was Frau Brychcy angesprochen hat bezüglich der zusätzlichen Lehrkräfte und wo diese herkommen sollen. Ich hatte die Senatorin während des letzten Plenums dazu schon befragt. – Da sind Sie etwas vage geblieben und sind darauf ausgewichen, dass man nicht konkret sagen könne, wie viele Schüler denn jetzt eigentlich kommen, und dementsprechend auch nicht, wie viele Lehrkräfte benötigt werden würden. Nichtsdestotrotz meine Frage hier noch mal an Sie: Wie soll die Begleitung der Schüler sichergestellt werden? Meine Frage auch an die Anzuhörenden: Wie sehen die personellen und räumlichen Ressourcen Ihrer Einschätzung nach aktuell aus? Sind sie ausreichend, oder würden Sie sie als unzureichend einstufen?

Dann noch mal explizit eine Frage an Herrn Vogelsang: Sie haben vor einem Jahr, im Januar 2024, gesagt, dass wir kein 11. Pflichtschuljahr, sondern mehr Werkstätten an den Schulen brauchen. – Jetzt bekommen wir das 11. Pflichtschuljahr. Wir sind auch dafür, dass es kommt. Nichtsdestotrotz würde ich Ihnen beipflichten, was die Werkstätten an den Schulen angeht. Wir haben Ähnliches auch von Frau Seypt gehört, weil ja unzählige Werkstätten entsprechend, was den Raum und das Personal angeht, dem Geldmangel zum Opfer gefallen sind. Wie hoch schätzen Sie den Investitionsbedarf ein, um da gegenzusteuern und das System wieder so auszurichten, wie es Ihrer Meinung nach sein müsste? Was müsste konkret getan werden? In dem Zusammenhang auch die Frage an den Senat: Gibt es diesbezüglich eigentlich eine Übersicht der Bezirke, wie sich da aktuell die Ausstattung darstellt?

Dann abschließend noch eine Frage an Sie, Herr Vogelsang: Sie haben im April 2024 Ihre Bedenken bekräftigt – wir haben es auch schon gehört –, dass die Fachgruppe für Berufliche Bildung bei den berliner wirtschaftsgesprächen e. V. befürchtete, dass dieses Zusatzjahr zu einer zu starken Verschulung führt, und Sie haben sich deswegen auch für mehr Praktika in den Betrieben und für mehr Berufsorientierung in den Werkstätten, in den Schulen ausgesprochen. Wir haben jetzt auch in Ihrer Präsentation im Prinzip schon so eine Art Gesamtkonzept an Maßnahmen, das Ihrer Meinung nach notwendig wäre, gehört.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Herr Weiß, ich möchte Sie auf die Zeit hinweisen.

Thorsten Weiß (AfD): Sofort. – Ich gebe Ihnen im Prinzip damit noch mal die Möglichkeit, darauf noch einmal etwas vertiefter einzugehen, wenn Sie gleich antworten, denn das ist durchaus spannend, was Sie dargestellt haben, gerade in Bezug auf Praktika. – Danke!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Danke schön! – Kollege Bocian, bitte!

Lars Bocian (CDU): Recht herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich werde Zeit einsparen, denn ich werde jetzt natürlich nicht alle gestellten Fragen noch einmal wiederholen. Viele meiner Fragen sind auch tatsächlich schon gestellt worden. Es bleiben allerdings ein paar übrig.

Eine direkte Frage, auch zur Praxis: Herr Wittke hat vorhin gesagt, im Gespräch mit den Innungen, den Betrieben ist das Problem mit den Praktika. Da würde ich direkt noch mal nachhaken: Weil sie nicht zielführend sind? Oder weil es einfach schwer vermittelbar ist? Ich bin selbst Handwerker, bilde auch Lehrlinge aus und denke, dass ein Praktikum ein guter Vermittler zwischen dem zukünftigen Auszubildenden und den Betrieben ist, gerade weil wir hier nicht das Problem haben, dass die Praktikanten noch recht jung sind. Mit Praktikanten aus der

9. Klasse gibt es gerade im Handwerk Probleme. Hier sprechen wir über 16 plus, also gerade ein Praktikum könnte da ein guter Übergang sein. Wie kann man die Betriebe stärken, auch mal mehr Praktikanten aufzunehmen? Wäre eine Möglichkeit, dass die Träger der Verbundausbildung gestärkt werden, um im 11. Pflichtschuljahr unterstützend zu wirken? Wenn es ins Gespräch mit den Innungen geht, könnte man nicht über die Innungen – denn sie stehen auch in Konkurrenz zueinander –, ein Verbundpraktikum anbieten? Dann kann man die zukünftigen Auszubildenden aus dem Pflichtschuljahr rausziehen beziehungsweise können sie es dann vielleicht auch vorzeitig beenden. Es ist ja auch so, dass die jungen Menschen, die im 11. Pflichtschuljahr landen, meistens keinen Durchschnitt von 1,0 oder so haben, sondern eher ein bisschen schlechter auf dem Zeugnis daherkommen und daher natürlich auch an die Betriebe vermittelt werden müssen. Da sehe ich einen ganz großen Schlüsselpunkt, an dem wir arbeiten könnten, und wenn Sie dort Ideen haben, würde ich sie gern hören. – Danke schön!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Herr Meyer ist dran.

Sven Meyer (SPD): Vielen Dank! – Ich habe auch noch einige Fragen. Zur Jugendberufsagentur wurde schon etwas gefragt. Ich finde das total spannend und völlig richtig. Können Sie, insbesondere Herr Vogelsang, die Rolle der Jugendberufsagentur konkretisieren? Welche Rolle könnte sie spielen? Können Sie vielleicht auch ganz konkrete Beispiele geben? Das finde ich toll und auch extrem wichtig. – Vielen Dank, dass Sie das angesprochen haben!

Die Betreuung von Praktika wurde jetzt auch schon mehrfach angesprochen. Das sehe ich auch als sicherlich sehr herausfordernd an, gerade bei jungen Leuten, die einfach Schwierigkeiten haben, morgens aufzustehen, pünktlich zu kommen. Das überfordert sicherlich auch viele Unternehmen. Daher die Fragen: Wie kann man Unternehmen stärken? Gibt es das Personal, um gegebenenfalls die jungen Leute in den Unternehmen zu unterstützen beziehungsweise die Unternehmen zu unterstützen? Gibt es dieses Personal bei den Schulen tatsächlich? Was brauchen die Schulen gegebenenfalls? Was muss konkret getan werden, damit ein Praktikum erfolgreich ist? Denn wir wollen die Unternehmen nicht verbrennen, da muss ich Herrn Wittke recht geben. Ich glaube aber, dass die Unternehmen darauf gar nicht eingestellt sind, denn – das muss man auch sagen – das ist nicht Aufgabe der Unternehmen. Als Sozialdemokrat finde ich es wichtig, das als solches klarzustellen, denn am Ende muss ein Praktikum für alle Erfolg haben.

In dem Kontext aber auch die Frage: Was könnte gegebenenfalls eine Alternative sein, zum Beispiel projektorientiertes Berufe-Erlernen? Ich möchte ein Beispiel geben: die Mobile BAUWERKstatt, die das ja dort auch tut. Könnte man so etwas gegebenenfalls auch bei jungen Leuten machen, die große Schwierigkeiten haben und bei denen die Herausforderungen ganz besonders sind?

Wie sieht es mit FSJ oder FÖJ aus? Welche Rolle könnten sie spielen? Könnten sie vielleicht an Bedeutung gewinnen? Könnte man dafür besonders werben, oder spielt das gar keine Rolle? – Das wären meine Fragen am Rande.

Als Letztes: Wie geht man mit Ausbildungsabbrechern um? Werden sie gleich mitgedacht? Sollen sie integriert werden, oder sagt man bisher: Na ja, sie laufen halt nebenbei, sie werden einfach integriert, und gut ist. – Denn wir haben eine ganze Menge. Auch dort die Frage: Welche Rolle spielen sie im 11. Pflichtschuljahr? – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Danke! – Dann habe ich noch Frau Seidel auf meiner Redeliste. – Bitte schön!

Katrin Seidel (LINKE): Vielen Dank! – Ich kann es auch kurz machen, es ist schon viel gefragt worden. Ich habe noch ein paar Nachfragen, eher in Richtung Senat, zu den Befreiungstatbeständen im 11. Pflichtschuljahr. Da sind alternative Angebote ausgewiesen, die nicht unter die Berufsausbildungspflicht fallen. Mich würde interessieren, was damit gemeint ist, welche alternativen Angebote das sind. Auch Freiwilligendienste und die Wehrpflicht ab 17 fallen unter diese Befreiungstatbestände. Nun haben wir ein Problem bei den Freiwilligendiensten: Sie sind leider auch gekürzt worden. Das ist leider so, unter anderem deshalb, da die Träger das auch jetzt schon nicht in dem Umfang leisten können, wie sie nachgefragt sind. Unser Problem war ja immer, dass man auch die Zielgruppen erweitern wollte, damit es gerade auch für junge Menschen, bei denen die Eltern nicht hinterher sind, einen FÖJ-Platz oder dergleichen mehr gibt. Die Frage ist, wie Sie in Kommunikation mit den Trägern der Freiwilligendienste sind und wie es gelingen kann, dass die jungen Menschen trotzdem dort hineinkommen und in den Genuss dieses Befreiungstatbestandes kommen können.

Die Kollegin Brychcy hat schon gefragt, wie es ist, wenn in der Zeit ein guter Praktikumsplatz gefunden wird. Das war hier nicht aufgeklärt. Ich habe auch noch die Frage, was passiert, wenn das 11. Pflichtschuljahr abgebrochen wird, ohne dass es einen Befreiungstatbestand gibt, welche Rolle die Eltern der jungen Menschen dabei spielen und welche Möglichkeiten bestehen, sie dort mit einzubeziehen.

Zur Jugendberufshilfe in den Bezirken, die schon seit vielen Jahrzehnten mit genau dieser Aufgabenstellung befasst ist, noch einmal die Frage, wie da die Ausstattung in den Bezirken ist, denn in meiner Erinnerung – und das ist nicht nur unter der amtierenden Koalition passiert – ist die Jugendberufshilfe in den Bezirken gerade sukzessive abgeschmolzen worden, sage ich mal vorsichtig. Wie ist da die Kommunikation? Haben Sie eine Ahnung davon, wie groß die Zahl der jungen Menschen sein könnte, die dort in der Jugendhilfe betreut werden können und zur weiteren Betreuung in der Jugendberufshilfe landen könnten? – Danke!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Ich habe gerade keine weiteren Wortmeldungen auf der Liste. Deswegen gehen wir erst mal in die erneute Stellungnahme des Senats, bevor wir wieder an die Anzuhörenden übergeben. – Bitte schön!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Ich würde versuchen, die großen Themen mit anzureißen. Zu den Haushaltstechniken und den Details würde ich dann darum bitten, die Kolleginnen und Kollegen der Abteilung IV zu Wort kommen zu lassen.

Ich würde ganz hinten mit dem anfangen, was Frau Seidel sagte und was Frau Brychcy auch schon zu Beginn fragte, dem Thema der Flexibilität des 11. Pflichtschuljahres: Genau darauf ist es ja angelegt. Ergeben sich also während dieses 11. Pflichtschuljahres gelingende Kombinationen, also Herr Wittke hat einen Partner gefunden, der sagt, dass einer der Jugendlichen, der jungen Erwachsenen zu ihm passt, kann man aus dem 11. Pflichtschuljahr – ich sage es immer so schön – abbiegen und tatsächlich in den Betrieb übergehen, die duale Ausbildung beginnen oder erst mal ein längeres Praktikum machen. Das ist unser Wunsch, unser erklärtes

Ziel, dort ein Matching zu haben, sowohl was die Orientierung als auch das Matching zwischen dem jungen Erwachsenen und einem potenziellen Arbeitgeber oder Betrieb betrifft.

Einfach abbrechen kann man es nicht. Das 11. Pflichtschuljahr ist eine verlängerte Schulpflicht, das heißt, wenn ich unter 18 bin, verletze ich in dem Moment die Schulpflicht. Das bedeutet, die Option, einfach auszusteigen und das 11. Pflichtschuljahr nicht zu absolvieren, gibt es nicht.

Die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftspartnern: Herr Wittke hat es deutlich gemacht, sie sind von Anfang an mit am Tisch gewesen. Wir haben eine regelmäßige, kontinuierliche, also tatsächlich auch systemische Kommunikation zu dem Thema.

Was die Praktikumsplätze betrifft: Herr Wittke hat es in Vertretung für die HWK beispielhaft gesagt, aber es betrifft natürlich auch die anderen Kammern, Innungen und Partner, wie die Betriebe sich bereits in der Vergangenheit auf den Weg gemacht haben und sich jetzt noch mehr auf den Weg machen. Selbstverständlich ist auch das ein dynamischer Prozess. Da kann man nicht einfach sagen, der Schalter ist umgelegt, und ad hoc sind da Hunderte von Praktikumsplätzen mehr, aber auch da gibt es seit über anderthalb Jahren eine stete Kommunikation, und wir nehmen das so wahr, dass sich dahingehend wirklich einiges im Hintergrund tut, insbesondere bei der Handwerkskammer und bei der IHK.

Was jetzt mehrmals gesagt worden ist, dem stimme ich natürlich nahtlos zu: Die originäre Aufgabe der Berufsorientierung liegt in den allgemeinbildenden öffentlichen Schulen, das heißt bis zum 10. Schuljahr. Auch da ist einiges passiert. Wir haben ein neues Landeskonzept Berufsorientierung. Sie haben das auch alle gemeinsam Ende 2023 mit verabschiedet. Da gibt es verschiedene verpflichtende, also obligatorische Maßnahmen. Natürlich ist auch dort die Aufgabe, diese immer mehr zu verstetigen und das Nachhalten dort noch zu verbessern, das heißt, auch wirklich zu schauen, was konkret an den einzelnen Schulstandorten, an unseren allgemeinbildenden öffentlichen Schulen passiert. Auch da wird aber dem Thema Berufsorientierung und auch zukünftig dem Thema verpflichtende Praktika, der Wertigkeit des WAT-Unterrichts und damit auch der Sichtbarkeit, wie der Kollege Herr Vogelsang vorhin sagte, eine ganz andere Bedeutung eingeräumt, was in vielen Jahren vorher nicht der Fall war, da wir natürlich anerkennen, dass dort die allgemeinbildende öffentliche Schule einen zentralen Auftrag hat.

Deswegen gibt es dort nicht nur das Landeskonzept, es steht auch im Koalitionsvertrag drin. Auch dem wird noch Rechnung getragen, dass die verpflichtenden Praktika ausgeweitet werden, dass das Thema WAT-Unterricht oder Berufsorientierender Unterricht eine andere Schwerpunktsetzung bekommt. Das sind alles Dinge, die damit einhergehen.

Deswegen würde ich auch gern noch mal auf die Zahlen eingehen, obwohl, wie gesagt, Abteilung IV das noch genauer quantifizieren kann. Unser Ziel ist nicht, dauerhaft hohe IBA-Praxis-Übergänge zu haben, sondern unser Ziel ist es tatsächlich, die IBA Praxis – sicherlich nicht schon nächstes oder übernächstes Schuljahr, aber stetig – abschmelzen zu lassen, da wir uns natürlich immer mehr orientierte Schüler wünschen, die tatsächlich den Anschluss, den Abschluss und den Übergang finden. Wir möchten nicht die Prognose haben, perspektivisch dahin zu planen, dass wir immer mehr aufwachsen müssen, gleichwohl das natürlich am Anfang noch der Fall sein wird, da wir nicht gleich alle adäquat versorgen kön-

nen. Trotzdem sage ich an der Stelle, dass das Ziel natürlich ist, das wieder abschmelzen zu lassen. Unbenommen davon wird es immer Schülerinnen und Schüler geben, die wir aus unterschiedlichen Gründen nicht ausreichend erreicht haben. Das ist hier auch schon mehrmals angeklungen. Für sie brauchen wir natürlich grundsätzlich ein Angebot in Form des 11. Pflichtschuljahres. Nicht umsonst machen das alle anderen 15 Bundesländer schon wesentlich länger als Berlin. Deswegen freue ich mich, dass wir jetzt auch diesen Weg gehen.

Die Jugendhilfe und Jugendberufshilfe ist angesprochen worden. Selbstverständlich haben wir sie mit im Blick. Sie ist bei uns im Haus in der Abteilung III verankert. Das findet jetzt schon statt, das wird zukünftig noch stärker in den Blick genommen werden. Da wir heute auch noch zu Haushaltsthemen sprechen werden, muss ich an der Stelle natürlich sagen, dass das auch die Bereiche der HZE-Mittel sind, die dort eine Rolle spielen. Das heißt, das sind haushaltswirksame Bereiche, die über die Bezirkshaushalte laufen. Sie alle kennen die Thematik – Frau Seidel nickt zumindest schon –, oder zumindest die, die da auch schon viele Jahre mit im Boot sind. Das sind immer die Themen, die eine Basiskorrektur bei den Bezirkshaushalten, unter der großen Überschrift, erfordern. Ich sage nur: Ja, es ist notwendig, es muss in Anspruch genommen werden, es muss eine Kooperation sein, es müssen gute Synergieeffekte erzielt werden. – Herr Vogelsang hat nicht zu Unrecht in seiner Übersicht – die auch noch mal deutlich gemacht hat, wie komplex das System an der Stelle eigentlich ist – auch gezeigt, dass das dort eine Rolle spielt. Das wird mitgedacht, sollte aber auch nicht als Allheilmittel betrachtet werden. Für bestimmte Jugendliche aber, und übrigens auch im Sinne der Ressource, ist das ein wichtiger Punkt, der dort auch eine Rolle spielt.

Dann bin ich bei einem weiteren Punkt, den Sie gefragt haben, und so stand es auch in den Verordnungen und im Gesetz: Den Ankerschulen wird eine Schulsozialarbeit zugestanden. Wir wollen auch den Bereich der Bildungsbegleiter ausbauen, weil wir genau das teilen, was Sie alle gesagt haben: Die jungen Erwachsenen müssen viel intensiver an die Hand genommen und begleitet werden. Kommen sie in den Betrieben an? Finden sie überhaupt einen Betrieb? Finden sie den auch für fünf Tage die Woche? Das sind natürlich alles Themen, und Frau Seypt sagte zu Recht, wir werden dort mit Sicherheit auch schuldistannte Schüler haben, die eine viel intensivere Betreuung brauchen. Wie gesagt, zu welchem Zeitpunkt, werden wir gleich noch mal konkret über die Abteilung IV hören. Das ist aber von Anfang an ein Thema, ebenso wie die weitere Ressourcenzuweisung über ESF-Mittel. Das Startchancen-Programm ist angesprochen worden. Das sind alles Mittel aus unterschiedlichen – ich nenne es mal – Töpfen, mit denen wir natürlich insbesondere die Ankerschulen stärken wollen.

Dieses Schuljahr, und das hatte ich auch im Plenum schon deutlich zu machen versucht, Herr Weiß – Das ist natürlich eine Debatte. Wir sind im laufenden Doppelhaushalt, das heißt, wir müssen schauen, wie viele Schüler wir in das 11. Pflichtschuljahr überführen. Im Plenum habe ich auch versucht, das deutlich zu machen. Dann werden wir dementsprechend aus dem Lehrerstellenplan besetzen. Wir werden jetzt auch mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Ankerschulen sprechen. Es gibt eine gewisse Erwartungshaltung; wir antizipieren ja schon Zahlen. Diese Stellen werden wir jetzt dementsprechend einstellen, entsprechend auch die Fachpraxiskräfte, die Ausbildungsbegleiter, all das, was auch in den Verordnungen steht, was mit angedacht ist. Mit diesen Zahlen kann man dann ganz regulär in die nächste Hauptausschussvorlage gehen und damit auch in die Voraussetzungen und Beratungen für den Doppelhaushalt 2026/2027, weil ich eine Faktenlage habe, um dem Finanzsenator ganz konkret zu sagen: Das sind die Zahlen, die wir im Schuljahr 2025/2026 haben. Wir haben das Schulge-

setz dahingehend geändert, dass wir die Schulpflicht um ein Jahr verlängert haben. Es gibt die Vereinbarung mit der Finanzverwaltung, dass das Lehrpersonal entsprechend der Schülerzahl aufwächst, und wenn ich die Schulpflicht um ein Schuljahr verlängere und damit auch die Schülerzahl erhöhe, gibt es zumindest eine logische Kausalkette, aber dafür brauche ich auch mindestens einmal eine Datenlage, um darüber kommunizieren zu können. Das wird der Weg nach dem Sommer sein. Für diesen Sommer habe ich versucht zu skizzieren, wie es aussehen kann.

Die Zusammensetzung der BSO-Teams – ich weiß ehrlich gesagt nicht mehr, woher die Frage kam – ist natürlich so, wie sie in der Vergangenheit war. Wir haben die Kollegen an der allgemeinbildenden öffentlichen Schule, wir haben die Kollegen von der berufsbildenden Schule und wir haben den Kollegen, die Kollegin aus der JBA. Gemeinsam bilden sie das Tridem, beraten die Schülerinnen und Schüler. Wir haben die Zeitpunkte schon nach vorn verlegt. Ich habe aber auch zur Kenntnis genommen, dass sich die berufsbildenden Schulen da noch mehr wünschen. Es ist nicht so, dass ich das heute das erste Mal höre. Wir haben aufgenommen, und das wird auch aktuell gemacht, dass man nochmals intensiv an die Schülerinnen und Schüler herantritt, die man wirklich als gefährdet sieht, die Gefahr laufen, ohne Abschluss und Anschluss die 10. Klasse zu verlassen. Da gab es eine Anpassung dieser Beratungsstruktur, dass man nicht mehr sagt, pauschal immer alle in einem 10. Jahrgang, sondern wirklich den Fokus auf die Schülerinnen und Schüler legt, die wir potenziell als Schüler für das 11. Pflichtschuljahr sehen, um dort wirklich noch so beratend eingreifen zu können, dass sie de facto keine Schüler des 11. Pflichtschuljahres werden, sondern entweder einen Abschluss oder Anschluss finden oder auch in andere Maßnahmen umgesteuert werden können. In der Zusammensetzung hat sich also nichts geändert, aber in der Beratungsstruktur.

Zum Zeitpunkt des Prozesses wird sicherlich Abteilung IV noch mal ausführen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir natürlich auch an der allgemeinbildenden öffentlichen Schule gewisse Schulalltagsprozesse haben, die wir jetzt auch mit dem veränderten Beratungsangebot verändert haben, wobei man schauen muss, wie man beides zur Deckung bringt. Das ist der Bedarf der OSZ, aber auch das, was an den allgemeinbildenden Schulen notwendig ist. Das heißt nicht, dass das alles in Stein gemeißelt ist, aber wir müssen schon jetzt schauen, wie das läuft. Das war, glaube ich, die Frage von Frau Schedlich. Selbstverständlich ist es immer möglich, Dinge zu adaptieren, wenn das zu einem besseren Ergebnis oder zu einer höheren Effizienz führt, dass man dann also darüber nachdenken kann, Dinge auch noch mal nachzusteuern.

Die Befreiungstatbestände bei den Freiwilligendiensten haben Sie alle genannt. Diese werden selbstverständlich, so wie Sie es auch dargestellt haben, weiterhin angeboten. Wir haben die Träger mit an Bord. Wir haben hier auch ganz neu die Gruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Bedarfen hineingenommen. Sie haben das umschrieben mit Elternhäusern, die nicht so unterstützend zur Seite stehen. Das gibt es nach wie vor. Ich mag, zumindest ein Stück weit, zur Diskussion stellen, ob der Freiwilligendienst tatsächlich die Berufsorientierung ersetzt. Es ist ein Befreiungstatbestand, aber unser Ziel ist es, danach möglichst viele junge Menschen einer beruflichen Qualifikation zuzuführen. Wenn sie nach dem Freiwilligendienst volljährig sind, haben sie natürlich keine Verpflichtung mehr. Da stellt sich die Frage, ob sie dann immer alle – bei einigen wird das gelingen – orientiert sind. Das sei, wie gesagt, zumindest zur Diskussion gestellt. Selbstverständlich findet das aber weiterhin statt. Wir haben die Kontakte, das wird beworben, und auch der neue Zweig wird beworben.

Sie haben es richtig beschrieben: Die Mittel sind in erheblichem Maße nicht abgeflossen, aber da die Träger sie auch nicht beantragt haben. Die einen konnten es sich nicht leisten, die anderen haben die Freiwilligen nicht gefunden. Zum Teil hatten wir auch eine hohe Abbruchrate unter den Freiwilligendiensten. Das darf man alles nicht unterschätzen. Deswegen haben wir die Mittel auch nicht in dem vollen Umfang gekürzt, wie sie liegengeblieben sind, sondern in Teilen davon, sodass das auch weiterhin in der Größenordnung laufen kann. – Ansonsten würde ich gern an Abteilung IV und Herrn Salchow abgeben.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Sehr gern. – Herr Salchow, bitte schön!

Mirko Salchow (SenBJF): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Viel bleibt mir gar nicht mehr zu ergänzen. Ich gehe noch mal auf den Punkt der Ressource ein – er hat ja unterschiedliche Aspekte –, vielleicht noch unterlegt mit ein paar Zahlen. Wenn es um das Thema der Schulsozialarbeit geht, ist vorgesehen, dass jede Ankerschule eine zusätzliche Schulsozialarbeitsstelle bekommt, also eine Person für dann maximal 60 Schülerinnen und Schüler. Bei den Lehrkräften gibt es kein feststehendes Kontingent, sondern der Bedarf einer Schule bemisst sich nach der individuellen Ausstattung der Schule und dem festgestellten Bedarf auf Grundlage der Prognose. Was wir im Haus sichergestellt haben, ist, dass wir das Einstellungskontingent in Gänze vorgezogen haben, sodass jetzt bereits innerhalb dieses Halbjahres personell Vorsorge getroffen werden kann, damit entsprechend zum Schuljahresbeginn Kolleginnen und Kollegen in den Schulen tätig werden können.

Wichtig ist die Bildungsbegleitung; das zeigen uns die Erfahrungen aus IBA Klassik. Hier haben wir es aufgrund des höheren Bedarfs, von dem wir mit Blick auf die zu erwartende Schülerklientel ausgehen, so angelegt, dass wir den Betreuungsschlüssel auf 1 : 30 abgesenkt haben. Das ist im Verhältnis zu 1 : 50 bei IBA Klassik eine deutlich bessere Ausstattung, und auch hier sind wir dabei, sukzessive im zweiten Schulhalbjahr die entsprechende Ressource an die Schulen zu bringen.

Das Startchancen-Programm wurde angesprochen. Das ist sicherlich noch mal sehr schulindividuell. Hier kann ich Ihnen im Augenblick schulstandortscharf keine verlässlichen Zahlen sagen, inwiefern darüber zusätzliches Personal akquiriert werden kann.

Der Überschrift Ressource ordne ich weitere Fragen zu, die auch von verschiedenen Seiten gestellt wurden. Das ist einmal der Punkt der Infrastruktur unserer Häuser. Wir können Stand heute davon berichten, dass unsere Infrastruktur in den Häusern, was die technische Ausstattung für die berufsfeldspezifischen Bedarfe angeht, gut ist. Es ist nicht beabsichtigt, hier im Rahmen des 11. Pflichtschuljahres größere Umbau- oder Erweiterungsmaßnahmen durchzuführen. Das Ganze hat auch einen konzeptionellen Aspekt. Schauen Sie bitte nach Hamburg! Wir haben uns ja, was die Konzeption angeht, ein Stück weit an die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg angelehnt. Hier war die ganz klare Empfehlung: Machen Sie in Berlin einen Hard Cut! Schließen Sie Ihre Werkstätten ab, und versuchen Sie nach Möglichkeit, sehr viel betriebliche Erfahrung in Kooperation mit den Wirtschaftspartnern anbieten zu können, sodass der Besuch einer Werkstätte subsidiär zu betrachten ist! – Aufgrund der aktuellen Ausstattung braucht es hier auch keine zusätzlichen Baumaßnahmen oder Investitionen über das reguläre Investitionsniveau hinaus, das erreicht werden muss.

Es wurde noch ein Punkt angesprochen, der uns insbesondere in der Verwaltung beschäftigt, da wir hier natürlich sehr häufig direkte Rückmeldungen aus den betroffenen Schulen bekommen. Sie wissen, dass das 11. Pflichtschuljahr begleitend durch ein neues Fachverfahren durch- und eingeführt wird, die Berliner LUSD. Immer wenn Fachverfahren neu aufgesetzt werden, ist das mit zusätzlichem Aufwand verbunden. Hier trifft es insbesondere den Verwaltungsbereich der Schulen. Wir sind hier in enger Abstimmung auch mit der zuständigen Abteilung VII in unserem Haus. Wir haben eine Abfrage an den Schulen gestartet, inwiefern sich die Schulen zusätzliche personelle Unterstützung für den Anmeldezeitraum erbeten, damit in den schmalen Zeitfenstern – auch das war hier heute schon Thema – die Arbeit in den Schulsekretariaten verlässlich, gut und fehlerfrei geleistet werden kann. Auch hier ist also damit zu rechnen, dass wir die Schulen von der Seite unterstützen. Das ist noch mal wichtig, denn, auch das wurde angesprochen, die VV Übergang ist im Vergleich zu den Fassungen davor im Wesentlichen neu gestaltet. Tatsächlich haben wir hier zunächst einmal ehrgeizige Zeitabläufe hinterlegt. Wichtig ist, dass der Zeitraum möglichst lang gestaltet werden kann, um Schülerinnen und Schüler noch mit einem entsprechend adäquaten Anschluss zu versehen. Insofern ist es aus unserer Perspektive nicht sinnvoll zu sagen, Anfang oder Mitte Mai schließt sich das Fenster, und danach ist nichts mehr möglich, und dann können die Aufnahmetätigkeiten an der jeweiligen Ankerschule absolviert werden – nein! –, sondern darüber hinaus ist es natürlich die Aufgabe derjenigen, die beratend am Schüler tätig sind, ihn noch mit einer adäquaten Anschlussalternative oder -option zu versehen. – Das wären meine Ergänzungen. Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen lieben Dank! – Ich habe jetzt noch Frau Schedlich auf der Rednerliste dazu bekommen. Gibt es noch Wortmeldungen? Aufgrund der Zeit würde ich die Liste ansonsten gern schließen. Wir haben nämlich noch eine lange Tagesordnung. – Ja, Frau Brychcy. Dann nehmen wir Frau Brychcy gern noch mit auf. Ansonsten sehe ich niemanden. Dann würde ich fast bitten, auch wenn es etwas ungewöhnlich ist, dass Frau Schedlich und Frau Brychcy jetzt ihre Fragen stellen und wir dann an die Beantwortung gehen, wenn das in Ordnung ist. – Bitte, Frau Schedlich!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Tatsächlich haben sich bei mir nach den Ausführungen des Senats noch mal Fragen ergeben. Deswegen hoffe ich, dass die Senatorin möglicherweise dann auch noch mal was sagen darf.

Ich hätte folgende Nachfragen: Einmal würde ich gern noch mal konkret darauf zu sprechen kommen, wie die Berufsorientierung oder die Beratung in der allgemeinen Bildung denn verbessert werden soll, denn auch Sie haben ja das Ziel formuliert, Frau Günther-Wünsch, dass die Zielgruppe kleiner werden soll. Insbesondere wenn Sie sagen, IBA Praxis soll irgendwann auch wieder überflüssig oder reduziert werden, muss man davor aber eigentlich mit voller Kraft in der Allgemeinbildung ansetzen, um die Berufsorientierung zu verbessern. Sie haben jetzt von der Wertigkeit des WAT-Unterrichts gesprochen, aber ich würde gern noch mal nachfragen, was da konkret passiert. Sie haben auch gerade gesagt, dass sich nicht die Struktur der Beratung ändert, sondern was genau jetzt getan wird. Ich würde einfach gern noch mal nachfragen: Gibt es mehr Termine, die diese BSO-Teams mit den Schülern und Schülerinnen machen, oder wie sieht diese Änderung, von der Sie gerade gesprochen haben, an den allgemeinbildenden Schulen konkret aus?

Dann würde ich gern noch mal zu dem ganzen Thema Personal an den Ankerschulen nachfragen. Herr Salchow hat gerade gesagt, es gibt möglicherweise auch noch mal Unterstützung für die Sekretariate. Wann wird sich denn entscheiden, wie viel Unterstützung es geben wird, und woher kommen diese Leute dann? Unterstützt Ihre Verwaltung oder muss es noch mal einen Einstellungsprozess geben? Wie wird das am Ende aussehen?

Auch zur Praktikumsvor- und -nachbereitung und -begleitung braucht es am Ende genug Personal an diesen Ankerschulen. Wie kann das gestemmt werden? Gibt es dafür genug Personen, oder müsste es dann noch mal mehr Lehrkräfte oder andere Professionen geben? Wir haben jetzt gehört, dass es je Ankerschule einen zusätzlichen Schulsozialarbeiter oder eine zusätzliche Schulsozialarbeiterin geben soll, aber ich habe immer noch nicht gehört, wie viele weitere Personen noch kommen und vor allen Dingen, wie die Einstellungsprozesse gerade laufen, wie viele Leute es schon konkret gibt und wie ansonsten die Zeitplanung ist. Zu welchem Zeitpunkt werden die Ankerschulen wissen, wie viele neue Stellen, Personen und Stunden sie konkret haben werden, und können diese ganzen Stellen am Ende voraussichtlich besetzt werden?

Dann noch mal kurz zu der Frage, ob man die Verteilung vor den Sommerferien schon abschließen kann, auch direkt an die Anzuhörenden, die selbst an Oberstufenzentren tätig sind: Wie kann es denn geleistet werden, sich innerhalb der Ferien auf eine Anzahl von Schülern und Schülerinnen vorzubereiten, die dann gegebenenfalls kommt? Höchstens 60 Schülerinnen und Schüler, habe ich gehört. Möglicherweise kommen aber auch nicht alle von ihnen. Ich habe immer noch nicht gehört, dass die Regierung dann auf jeden Fall die Polizei vorbeischickt und die Leute in die Schule fährt. Das heißt, es ist davon auszugehen, dass manche einfach nicht auftauchen. Das heißt, die Schulen haben maximal wenig Planungssicherheit. Dann würde mich einfach noch mal interessieren, sowohl von der Verwaltung als auch von den Schulen selbst, wie das am Ende laufen könnte oder was es gegebenenfalls noch braucht.

Dann zum allerletzten Satz – –

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Frau Schedlich, aber wirklich jetzt!

Klara Schedlich (GRÜNE): Ja. – Allerletzter Satz, nur noch zu den Freiwilligen Sozialen Jahren: Meine Erfahrung und alle Rückmeldungen, die ich bekommen habe, sind, dass sie immer total wichtig für die persönliche Entwicklung sind. Deswegen, würde ich behaupten, wäre es besser, die FSJs und FÖJs auszubauen, mehr Taschengeld zu geben, dafür zu sorgen, dass es weniger Abbrüche gibt, denn das könnte möglicherweise, auch wenn unsere Schulen bestimmt so gut, wie sie können, etwas Tolles zaubern werden, am Ende für manche Jugendliche sogar besser als das 11. Pflichtschuljahr sein.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Danke! – Frau Brychey!

Franziska Brychey (LINKE): Ich versuche auch, mich kurz zu halten. – Ich wollte noch mal zu den BSO-Teams sagen, die ja so wichtig sind: Sie haben gesagt, die Zusammensetzung bleibt, aber diese Anrechnungsstunden – weil wir jetzt mit der Zumessung darüber reden, wie viele Anrechnungsstunden es demnächst noch geben wird oder nicht – sollte man auf jeden Fall im Blick haben, dass das nicht abgesenkt, sondern vielleicht auch ausgebaut wird, damit die BSO-Teams überhaupt arbeiten können.

Dann habe ich nicht die Zahl gehört, mit wie vielen unversorgten Jugendlichen Sie denn rechnen, die jetzt konkret zum kommenden Schuljahr in IBA Praxis übergehen. Worauf berechnen Sie sich vor? Ich verstehe, dass noch unklar ist, wie viele vermittelt oder auch nicht vermittelt werden können, aber im Prinzip geht es um die Frage der Zahl der Unversorgten, mit denen jetzt zum 11. Pflichtschuljahr geplant wird.

Dann hatten Sie auch noch nicht beantwortet, warum das Produktive Lernen jetzt so gekürzt wird. Was genau ist an der Stelle der fachliche Hintergrund? Auch geflüchtete Schülerinnen und Schüler in der Sek I brauchen das Produktive Lernen, um dann übergehen zu können. Warum hat sich die Senatsverwaltung dafür entschieden?

Allgemein wollte ich die OSZ-Vertreter und -vertreterinnen noch einmal fragen: Sie haben gesagt Schulsozialarbeit, Ankerschule, eine Stelle, und jetzt für IBA Praxis 1 : 30 für die Bildungsgangbegleitung. Sind das Ressourcen, von denen Sie glauben, dass man die Jugendlichen mit Herausforderung damit gut begleiten kann? Werden Sie das erst mal erproben, oder welche Erfahrung gibt es da bisher? Wie gehen Sie damit um? Glauben Sie, dass Sie diese Stellen auch besetzen können, wenn sie jetzt freigegeben werden?

Eine letzte Frage noch mal zum Curriculum und zum Gewerk: Sie haben gesagt, dass die Leidenschaft und Motivation der jungen Menschen das Entscheidende ist, wenn man nämlich einen Betrieb oder ein Gewerk gefunden hat, von dem man sagt, dass man sich dort eine berufliche Zukunft vorstellen kann. Ist ein Wechsel von der Ankerschule in ein OSZ möglich, zum Beispiel also von IBA Praxis in das reguläre IBA Klassik? Ist ein Wechsel vorgesehen? Wie kann man einen Anreiz setzen, um zu verhindern, dass jemand nicht mehr zur Ankerschule geht und schuldistant ist? Denn wir haben auch jetzt in der Allgemeinbildung, in der Sek I, die Situation, dass Jugendliche verloren gehen und einfach nicht hingehen, obwohl es die Schulpflicht gibt. Da kommt die Polizei auch selten. Die Frage ist, wie man eher noch die Motivation stärken kann, damit dann möglichst ein Beruf oder ein Betrieb gefunden wird, denn ich glaube, mit Sanktionen wird es nicht funktionieren.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Vor allem vielen Dank an die Anzuhörenden für die Geduld! Ich hoffe, Sie haben alle Fragen aufgeschrieben. Wir würden in der gleichen Reihenfolge vorgehen wie auch in der ersten Runde. Ich möchte Sie nur freundlich bitten, einerseits natürlich umfangreich die Fragen zu beantworten und gleichzeitig eine gewisse Kompaktheit einzuhalten. Das wäre ganz toll, damit wir auch noch den Rest der Tagesordnung schaffen. – Herr Raehse, Sie können gern anfangen, wenn Sie möchten!

Jörg Raehse (BBB e.V.): Ich würde gern auf die letzte Frage von Frau Brychcy eingehen, die gefragt hat, ob wir es als gut ausgestattet empfinden mit einer Sozialarbeiterin, einem Sozialarbeiter und zwei Bildungsgangbegleiterinnen. Ich glaube, dass es eine wirklich gute und zielführende Ausstattung ist. Die Frage, inwieweit man das besetzen kann, ist natürlich schwierig. Für meine Schule gehe ich davon aus, dass wir das gut besetzen können. Wie wirksam das ist, hängt letztendlich immer von den Menschen ab, die man gewinnen kann.

Ich will noch mal ganz kurz – was mir ein bisschen schwerfällt – auf den Vortrag von Herrn Salchow eingehen. Ich verstehe den Gedanken, dass man versucht, den Zeitpunkt für die Schülerinnen und Schüler, die in IBA Praxis sollen, so spät wie möglich zu setzen, damit sie

nach Möglichkeit noch eine andere, zielführendere Alternative bekommen. Allerdings bin ich davon überzeugt, dass es bei der Klientel, die bis zu diesem Zeitpunkt, nämlich bis Anfang Juni, nichts gefunden hat, wenn eigentlich auch keine intensive Beratung mehr vorgesehen ist, außer gegebenenfalls noch einmal von der Jugendberufsagentur, besser wäre, auch im Hinblick auf einen späteren anderen Anschluss, wenn Sie frühzeitiger die Möglichkeit hätten, in diesem Gefäß IBA Praxis anzukommen. Die Befürchtung, dass man damit ein Gefäß aufmacht, das wenig zielführend im Hinblick auf die weitere berufliche Anschlussfähigkeit ist, kann ich teilen, ich glaube aber, dass es insgesamt zielführender ist, gerade für diese Klientel, die dann wirklich noch nichts hat, und dass man in der Schule, wo sie dann schon in diesem warmen Übergang ankommen, eventuell mehr erreichen kann, als in der Zeit, wenn man einfach abwartet, bis es zu dem Zeitpunkt kommt und eigentlich keine Beratung mehr vorgesehen wäre. – Danke!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Herr Rahmig, bitte!

Ronald Rahmig (BBB e.V.): Ich würde gern auch noch mal auf vier Punkte eingehen. Ich nehme hier in der Diskussion wenig inhaltlichen Dissens wahr, aber bei der Frage der Prioritäten, womit man das Ziel erreicht, das wir im Wesentlichen alle gemeinsam verfolgen, gibt es, glaube ich, noch Unterschiede.

Ich würde noch mal einen Punkt ansprechen wollen: diesen Unterschied zwischen IBA Klassik und IBA Praxis. IBA Klassik ist von der Planung her immer IBA Praxis gewesen. Es war immer die Idee zu sagen, wir sammeln hier junge Menschen ein, die – das war allerdings die Voraussetzung – orientiert sein sollen, und helfen ihnen mit Praktika beim Übergang in eine Ausbildung. Wir wissen auch, was gute Praktika sind. Sie sind vorbereitet, begleitet und nachbereitet. Das kann man übrigens auch schon in der Sek I so machen, passiert aber nicht. Ich weiß nicht, wer von Ihnen die B.Z. liest. Da war letzstens ein Bericht über Neukölln: zwei Jugendliche, einer möchte Ingenieur studieren, und der andere möchte irgendwas mit Wirtschaft studieren, und beide haben in der 10. Klasse ein Praktikum im Barbershop gemacht. Das ist das Problem. Darum geht es, dass so etwas nicht sein darf. Wie läuft diese Orientierung in der 10. Klasse? Wenn sie läuft, ist auch das bisherige System, sind auch IBA Klassik und IBA Praxis – – Denn das machen wir: Wir vermitteln, und wir vermitteln gut. Wir haben die Betriebe, wir wissen, welcher Betrieb in unserem Gewerk welchen Jugendlichen sinnvoll aufnehmen kann und wer zusammenpasst. Dieser Systembruch, dass jetzt gewerkefremd Praktika vermittelt werden sollen, sehe ich als großes Problem an.

Die Frage der Ressourcen: Wir haben jetzt sehr viel über die Ankerschulen gesprochen. Wir haben jetzt schon, im Schuljahr 2024/2025, einen starken Zustrom und Interesse an der IBA wahrgenommen, weil viele nicht verstanden haben, dass das 11. Pflichtschuljahr erst nächstes Jahr greift. Wir haben festgestellt, dass eine Verdrängung stattfindet, dass eben viele, die nicht völlig abgehängt sind, jetzt schon überlegen: Dann gehe ich lieber in IBA Klassik und suche mir die Schule aus, als dass ich hinterher an eine Ankerschule verteilt werden. – Deshalb ist die Frage der Ressourcen keine Frage, die nur auf IBA Praxis beschränkt ist, sondern das trifft alle anderen Schulen auch. Auch wir haben andere Nachfragen. Das merken wir jetzt schon, wenn Anrufe von ISS kommen: Kannst du nicht mal einer ganzen Klasse hier erzählen, wie das so mit dem Beruf des Kfz-Mechatronikers ist? –, solche Sachen. Das hat sich verstärkt. Das gab es früher schon, aber das ist mehr geworden. Wir vermuten, dass dieser Druck, das 11. Schuljahr verpflichtend zu machen, bei den etwas Organisierteren dazu führt,

dass sie einfach in die ganz normale IBA strömen werden. Die Frage, wie da die Plätze aussehen, wie es mit der Übernachtung ist und so, dazu habe ich bis jetzt noch keine Anfragen. Ich vermute, dass die Probleme vielleicht gar nicht so sehr bei IBA Praxis liegen, sondern wahrscheinlich mindestens auch in IBA Klassik auftreten werden, weil sich die Nachfrage massiv erhöhen wird, und damit auch die Arbeitsbelastung und der Druck. – Danke!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Frau Seypt, bitte!

Karen Seypt (OSZ Konstruktionsbautechnik): Danke schön! – Ich möchte die Fragen von Ihnen für mich noch mal etwas zusammenfassen. Wir als Schulen befinden uns gerade ein Stück weit in einem luftleeren Raum, aber wir sind dabei guter Dinge. Ich denke, wenn alle Ressourcen, so wie sie uns avisiert wurden, wirklich auch von uns genutzt werden können, dann können wir das tatsächlich gut aufstellen. Wenn wir tatsächlich zwei Bildungsgangbegleitungen bekommen, dann ist das wirklich schön. Dann ist das, glaube ich, etwas, mit dem man die Schülerinnen und Schüler gut betreuen kann, zumal die Lehrkräfte auch in den Praktika mit betreuen. Das wäre alles toll. Auch einen Sozialarbeiter oder eine Sozialarbeiterin in diesem Bereich halte ich tatsächlich für eine gute Ausstattung. Das heißt, das ist alles wirklich gut. Es hängt natürlich immer davon ab, ob wir wirklich die Leute bekommen, die wir brauchen, und das ist tatsächlich etwas, das in dem Bereich, wo ich das mit steuern kann, gerade meine Hauptaufgabe ist, dass ich Menschen kennenlernen und wirklich Akquise mache. Ich hätte nicht gedacht, dass das wirklich mal meine Hauptaufgabe ist; es ist aber aktuell tatsächlich so.

Es wurde auch mehrfach zum Curriculum gefragt. Das Curriculum finde ich tatsächlich auch gut so, wie es ist. Es ist sehr offen, aber es schafft uns viel Raum, sodass wir so gestalten können, wie wir auch gestalten möchten, weil wir eben nicht wissen, wer kommt. Wir müssen sehr individuell arbeiten, und meine Kolleginnen und Kollegen, die zukünftig zu uns kommen, die ich gewinnen konnte, finden gerade das ganz interessant, dass es nicht der herkömmliche Unterricht ist, den sie kennen, sondern man muss in dem Moment wirklich so ein richtiger Pädagoge sein. Es geht nicht darum, dass man irgendeine Fachlichkeit in den Vordergrund spielt, weil man jetzt ganz besonders Englisch oder Deutsch oder Mathe kann, sondern man muss wirklich in allererster Linie Pädagoge sein. Das ist eine Besonderheit, aber auch ein Freiraum, der unsere Kollegen freut.

Wir können die Praktika auch gut vor- und nachbereiten. Da bin ich mir ganz sicher. Wir brauchen bloß wirklich die Wirtschaft, die diese Praktika bereitstellt, sei es mal für einen Tag oder natürlich auch für eine längere Zeit. Da werden wir auch sehr individuell sein. Wie Herr Salchow schon gesagt hat, können wir das nicht über Werkstätten steuern. Wer Kinder hat, die schon mal ins Praktikum gegangen sind, wird das auch selbst sehen, dass ein Praktikum in der Wirtschaft etwas ganz anderes mit Schülerinnen und Schülern macht als eine Werkstatt. Das ist am Ende wieder alles simuliert. Es ist, wie so zu tun, als ob man richtig arbeitet, und nicht Mittagspause haben, weil Mittagspause ist, oder der Chef macht eine Ansage – na, ist ja bloß der Lehrer. Das ist tatsächlich eine andere Sache, und da brauchen wir die Wirtschaft mit im Boot, die uns dabei tatsächlich unterstützt, und dann kann das auch wirklich gut werden. Da bin ich mir sicher.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Herr Vogelsang, bitte!

Siegfried Vogelsang (GFBM Akademie gGmbH; bwg): Ich bin, glaube ich, ein bisschen auf einem anderen Stern, sodass ich zu den schulspezifischen Fragen keine Meinung haben kann. Ich will aber noch mal etwas zu den Praktika sagen. Ich möchte gern etwas zu der Frage sagen, wie wir uns das mit der Jugendberufsagentur vorstellen, und ich möchte auch noch etwas zu der Idee der Verbundpraktika sagen, die hier eingebracht wurde. Das fand ich interessant; dazu hätte ich noch eine Anregung.

Ich möchte mit einem Beispiel beginnen, das mich in der letzten Zeit ziemlich überrascht hat. Es gibt das Thema dieser Klimaberufe, und wir wollen ja alle viele Jugendliche in diese Klimaberufe hineinbringen. Ich habe mir mal angeschaut, wie denn so die Klimaberufe – nehmen wir mal den Anlagenmechaniker Sanitär, Heizung, Klima – aussehen. Da haben wir eine Abbruchquote in der Ausbildung von 50 Prozent. Im Elektronikerhandwerk – Herr Wittke, Sie wissen das besser als ich! – haben wir über 50 Prozent: 56 Prozent. Dann habe ich mir mal angeschaut, wann diese Jugendlichen abbrechen. Sie brechen zu 30 oder 40 Prozent im ersten Ausbildungsjahr ab, und von den weiteren 60 Prozent brechen 30 Prozent im zweiten und 30 Prozent im dritten Ausbildungsjahr ab. Wenn ich die Frage beantworten will, dann kann das nicht mit einer falschen Berufsorientierung zusammenhängen, sondern es muss sicherlich auch mit den Bedingungen der Jugendlichen in den Betrieben zu tun haben.

Wenn wir jetzt alle sagen: Die Betriebe, wunderbar, die sollen mal ein Praktikum machen –, und wenn Frau Seypt gerade sagt, dass wir Pädagogen brauchen, um mit diesen Jugendlichen umzugehen – – Ich glaube nicht, dass die Betriebe unbedingt pädagogisch aufgestellt sind. Ich glaube, dass es mit betrieblichen Ausbildern funktioniert. Meine eigene Erfahrung ist, dass ein guter Geselle einen Jugendlichen ohne Probleme zum Abschluss führen kann, wenn eines funktioniert hat: dass es eine persönliche Beziehung zwischen dem Jugendlichen und dem Gesellen gibt. Was wir für diese Zielgruppe brauchen, für diese 900, die wir haben, ist eine persönliche Beziehung und Zeit. Beides scheint mir in der Umsetzung des 11. Pflichtschuljahres nicht gegeben.

Meines Erachtens brauchen wir eigentlich vier Schritte. Wir müssen die Jugendlichen finden, wir müssen sie erst mal identifizieren, sie müssen erst mal kommen. Dann müssen wir sie andocken. Da gebe ich Ihnen recht: Dafür brauchen wir Pädagogen. Dann müssen wir sie befähigen, überhaupt etwas zu tun. Das müssen nicht unbedingt die Betriebe machen. Dann können wir sie integrieren. Diese vier Schritte müssen also in diesem Prozess für diese Jugendlichen organisiert werden. Da ist das, was hier gedacht wird, eigentlich eine andere Zielgruppe, die Sie im Kopf haben. Die, die Frau Günther-Wünsch immer nennt, die im Dunklen, die sieht man nicht. Genau die müssen wir sichtbar machen, und das ist ganz kompliziert. Deswegen bin ich nicht optimistisch, dass Sie die Zielgruppe erreichen, die Sie mit dem 11. Pflichtschuljahr erreichen wollen. Die bleiben da, wo sie sind, nämlich im Dunklen.

Ich komme auf die Frage der Schulwerkstätten zurück. Ich habe mir drei Anfragen von Abgeordneten von 2013 bis 2024 angeschaut, bei denen es um das Thema der Schulwerkstätten ging. Herr Hopp kann das sicherlich bezeugen; wir haben uns das angeschaut. Die Antwort, die Sie über den Zustand der Schulwerkstätten in Berlin erhalten haben, war unbefriedigend. Man wusste im Grunde genommen nichts. Ich behaupte mal, kein Mensch in Berlin weiß, wie der Zustand der Schulwerkstätten ist. Ich würde anregen, noch einmal eine Anfrage zu starten, um überhaupt eine Bestandsaufnahme zu den Schulwerkstätten zu erhalten: Welche existie-

ren? Welche sind ausgestattet? Gibt es einen Verantwortlichen? Gibt es überhaupt einen Schlüssel für die Schulwerkstatt? Wie viele Schulwerkstätten sind in normale Klassenräume umgewandelt worden, da man natürlich die Willkommensklassen irgendwie aufnehmen musste, und anderes? Ich meine, dass wir eine Bestandsaufnahme für die Schulwerkstätten machen müssen, und dann brauchen wir nicht Schulwerkstätten mit Holz und Metall wie im letzten Jahrhundert, sondern wir brauchen moderne Schulwerkstätten mit Digitalisierung, mit 3D-Druckern, mit was auch immer da ist, das eine Attraktivität für diese Jugendlichen ausmacht. Das heißt, wir brauchen meines Erachtens eine Initiative Schulwerkstätten. Wir nennen das Makerspaces. 50 haben wir mal gefordert, aber wir brauchen mehr dafür. Ihre Frage nach den Kosten: Solch ein Makerspace ist nicht teuer; er kostet 60 000 Euro in der Anschaffung. Dann ist eigentlich der laufende Betrieb das Problem. Wenn man dann wieder im Sparzyklus ist, werden die Anleiter und der laufende Betrieb natürlich nicht mehr finanziert, und dann ist das Ende wieder genauso vorhersagbar wie schon immer.

Ich will etwas zum Thema Praktika sagen. Als Geschäftsführer eines Unternehmens habe ich selbst häufig Anfragen für Praktika. So ein Praktikum zu organisieren, ist ganz schwierig, zumindest wenn Sie als Betrieb einen Anspruch haben. Finden Sie erst mal für einen Jugendlichen überhaupt etwas Adäquates! Ich finde, das ist eine große Herausforderung für einen Betrieb, und das kostet für den Betrieb. Er muss jemanden abstellen, der nicht produktiv tätig sein kann, sondern sich um diesen Jugendlichen kümmern muss, und insbesondere um diese Jugendlichen, die wir im Auge haben, nicht den normalen Realschüler, den Abiturienten, sondern diese Jugendlichen, diese 900, brauchen – da komme ich zu meinem Punkt – Zeit und Engagement.

Ich möchte noch mal auf das Thema Verbundpraktika eingehen. Was der Kollege sagte – ist da hinten die CDU? Entschuldigung! Herr Bocian, das waren Sie –, fand ich einen hochinteressanten Gedanken. Wir hatten in den Achtziger-, Neunzigerjahren in Berlin ein Programm, das hieß 501/301. Das waren rund 1 000 Jugendliche, und diese hatten Dauerpraktika in Unternehmen und wurden von einer Koordinierungsstelle betreut. Das heißt, sie wurden gesteuert. Man hat Konflikte im Betrieb ausmodelliert, und die Jugendlichen konnten im Betrieb mit einem modularen Konzept sogar etwas lernen, wofür es auch ein Zertifikat gab. Das heißt, für die Jugendlichen gab es sogar einen Anreiz, in diesem Betrieb etwas zu lernen, etwas zu tun, und für den Betrieb gab es die Möglichkeit – kommen wir mal zu BAM, dem Berliner Ausbildungsmodell – zu sagen, diese Zertifikate können wir möglicherweise auch als Baustein für BAM nutzen. Das heißt also, man muss sich IBA Klassik, IBA Praxis und BAM quasi als ein Modell vorstellen, quasi mit dem, wo Sie Flexibilisierung nennen, also als ein Konzept. Da sind die Gedanken, glaube ich, die wir hier in der Runde gefunden haben, noch nicht ausreichend ausgesponnen. Ich finde, hier ist viel Potenzial und auch viel Know-how in der Stadt. Deswegen komme ich zur Jugendhilfe. Die meiste Erfahrung und Expertise mit diesen Jugendlichen hat die Jugendhilfe, die Jugendberufshilfe, und sie ist zu wenig präsent. Wir haben hier Schule, aber die Jugendberufshilfe sitzt hier nicht. Ich fühle mich jetzt berufen, für diese Gruppe, die ja auch zum Haus gehört, nämlich Jugend, stärker zu sprechen.

Ich würde also sagen, es gibt unendlich viel Potenzial, und wir müssen noch mal ein bisschen tiefer in der Vergangenheit graben, wo wir ungeheuer viel Anregung bekommen können, was wir Gutes gemacht haben. Das Thema ist nur, wir müssen die Zielgruppe, die im Dunklen – ich will es noch mal sagen: Bert Brecht, Dreigroschenoper, „Die im Dunkeln sieht man nicht“ – sichtbar machen, und das ist ganz schwierig. Sie kommen nicht, weder aus Ahrensfelde

noch von der Straße nebenan. Da brauchen wir mehr. Deswegen mein Appell: Wir müssen uns noch mehr Gedanken machen, und wir können das nicht nur technokratisch mit einfachen Instrumenten und Einstiegszeiten lösen, sondern diese Jugendlichen brauchen Liebe, Zeit und Anerkennung.

Kommen wir zum letzten Punkt: Das war Ihre Frage, auch von Herrn Meyer, die Frage zu den Jugendberufsagenturen. Da haben wir, oder zumindest ich, eine klare Vorstellung. Jugendberufsagenturen sind das Instrument überhaupt, um dieses System des Übergangs zu organisieren. Ich weiß nicht, wer die Veranstaltung, das bundesweite Treffen der Jugendberufsagenturen hier in Berlin im November, begleitet hat. Alle waren vertreten, und das, was man gehört hat, war: Jugendberufsagenturen sind Verantwortungsgemeinschaften. Das heißt, man fühlt sich verantwortlich, aber im Grunde ist man abhängig. Die Aussage der Kollegen dort war: Wenn der Chef will, dass wir gut arbeiten, dann machen wir das. Wir müssen die Chefs überzeugen, dass sie uns quasi auch in diese Rolle hinein versetzen. – Das ist aber keine Politik. Wir meinen, wir brauchen Jugendberufsagenturen, die institutionalisiert werden, also als die Spinne, die wir hier aufgezeichnet haben, die das Management für den Übergang übernimmt und das Ganze, das wir an Zuständigkeiten haben, im gewissen Sinne reduziert, sodass wir hier Jugendberufsagenturen bekommen, die eine Leitung haben, also eine Leitung, die dafür bezahlt wird, die Personal entweder delegieren oder eigenständiges Personal haben. Oder in eine ähnliche Richtung gedacht wie der Kollege Rahmig mit seinem Landesinstitut für Berufsbildung: Wir brauchen die Jugendberufsagenturen tatsächlich als eigenständige Institution mit Budget. Kompliziert wird es durch die unterschiedlichen Rechtskreise: Sozialgesetzbuch II, III, VIII und möglicherweise IX. Ich denke, das ist sicherlich ein langer Prozess. 2030 ist machbar, wenn man das im Fokus hat. Wir müssen aber eine Vision haben, und deswegen ist unsere Vision Jugendberufsagenturen als die Schnittstelle zwischen Schule und Beruf.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank, Herr Vogelsang! – Herr Wittke, Sie sind dran.

Jürgen Wittke (Handwerkskammer Berlin): Ich erlaube mir, den Fokus am Schluss doch mal etwas auf das zu richten, was das Pflichtschuljahr an Chancen bietet. Wir haben jetzt wahn-sinnig viele Punkte gehört, wo alles furchtbar schwierig wird, wir müssen aber sehen, dass wir über eine sehr problematische oder mit Problemen beladene Zielgruppe reden. Das heißt, dass wir bei jedem Einzelfall, bei dem es gelingt, dass in dem Jahr etwas Sinnvolles auf die Schiene kommt, eigentlich schon einen Erfolg haben. Das heißt, natürlich ist die Sorge berechtigt, dass es, wenn es eine reine Warteschleife ist, eigentlich nur den Frust erhöhen wird, dass das, was man schon zehn Jahre furchtbar fand, jetzt noch ein elftes Jahr furchtbar ist. Ich sehe aber Chancen, und deshalb möchte ich mal ein paar Punkte herausgreifen.

Freiwilliges Ökologisches Jahr: Wir haben relativ lange probiert, genau dieses FÖJ bezogen auf Klimaberufe zu adaptieren. Ich gebe zu, wir sind bei dem Versuch gescheitert, nicht zuletzt auch, weil die Jugendlichen nicht unbedingt das Interesse hatten. Was aber als Abfallprodukt grandios gelungen ist, so will ich es mal – in Anführungszeichen – nennen, ist, dass viele, die im FÖJ sind, mittlerweile Praktika in Klimahandwerksberufen machen. Das wird super angenommen, und dann hat man diesen Orientierungsaspekt drin. Dann kann jemand, der drei Monate beim NABU, im Naturschutz, war, eben auch mal zwei Wochen schauen, wie man Photovoltaik installiert oder wie man in anderen Bereichen seinen persönlichen ökologi-

schen Fußabdruck im weiteren Leben vielleicht weit überkompensieren kann. Das sind schon Ansätze, von denen ich glaube, dass das in die richtige Richtung gehen kann.

Wenn ich vorhin gesagt habe, Betriebe nicht verbrennen, dann hoffe ich, dass dieser Aspekt ganz selten ist. Ich sage nicht, dass ein Praktikant oder eine Praktikantin einen Betrieb verbrennt oder frustriert, weil man nicht für den Beruf talentiert ist. Ich glaube, das ist ganz normal; das ist auch der Sinn eines Praktikums, dass ich danach auch Dinge ausschließen kann. Ich rede jetzt hier von einer hoffentlich sehr kleinen Gruppe, die in einen Betrieb geschickt wird und in der ersten Sekunde deutlich macht: Mich interessiert das Praktikum nicht, mich interessiert dieser Betrieb nicht, lass mich in Ruhe. – Das werden hoffentlich seltene Fälle sein, wenn man das gut vorbereitet, auch mit den Betrieben spricht und im OSZ schaut, wen man wohin schickt, denn ganz offen gesagt: Die Betriebe sind beim Thema Praktikum extrem offen.

Wir haben gemeinsam mit der IHK die Praktikumswoche ins Leben gerufen, einfach um in den Ferien etwas ganz Niedrigschwelliges zu machen, wo man als Jugendlicher nur Tage investieren muss und nicht sagen muss: Ich gehe drei Wochen in irgendeinen Betrieb, und dann weiß ich nach zwei Tagen: Ach du Scheiße, jetzt habe ich noch über zwei Wochen in einem Bereich vor mir, die ich gar nicht haben will. – Insofern glaube ich, wenn es uns gelingt, das gut hinzubekommen, ist das Praktikum in vielen Bereichen eine tolle Eintrittskarte.

Um das ganz deutlich zu sagen: Dieses Abbiegen wäre der Idealfall. Ich hoffe, dass es möglichst oft passiert, dass jemand im Praktikum tatsächlich merkt: Hier will ich eine Ausbildungsstelle haben. – Wenn wir im Sommer beginnen, haben wir monatelang Zeit, denn im Ausbildungsbereich ist nicht alles am 1. September vorbei, sondern realistisch haben wir im Regelfall bis Ende Oktober, und dann gibt es im Frühjahr schon wieder die nächste Chance. Da werden Betriebe extrem offen sein. Ich will das mal mit früheren APP-Programmen oder Ähnlichem vergleichen, wo ich immer jemanden hatte, der damit Geld verdienen musste, dass er ausbildet. Damals machte es vielleicht schon Sinn, möglichst schnell in Betriebe abspielen. Der Vorteil beim OSZ und bei den Schulen ist eben, dass sie keine unmittelbare wirtschaftliche Einbuße haben. Das heißt auch, dass die Interessenlage, dass man lieber diesen Erfolg will, dass jemand tatsächlich über das Praktikum unmittelbar in Ausbildung wechselt, auch eine Riesenchance gegenüber einer klassischen Trägerschulung ist, bei der immer zwei Herzen in einer Brust schlagen, im Sinne von: Halte ich den in der Gruppe, damit ich meinen Ausbilder bezahlen kann, oder spiele ich ihn ab? – Insofern ist das auch eine Chance. Deshalb habe ich mir am Schluss erlaubt zu sagen, dass wir vielleicht auch ein bisschen in das Gelingen hineinschauen sollten.

Schwierig genug ist es, da die jungen Leute, auf die wir jetzt an der Stelle zugreifen, Probleme haben, aber ich glaube, es ist auch das eine oder andere an Chance drin. Wie gesagt, meine Erfahrung, insbesondere bei den Handwerkerinnen und Handwerkern, ist, dass sie in vielen Fällen tatsächlich auch eine sehr hohe Toleranzschwelle haben, wenn das Grundinteresse da ist, also wenn jemand deutlich macht: Ich habe hier ein Interesse, bin hier ganz gern und sehe das als Chance an. – Dann kann eine ganze Menge passieren, und der Betrieb bleibt bei der Stange; insofern vielleicht ein etwas versöhnlicher Schluss von meiner Seite. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen lieben Dank! – Ganz am Schluss sind wir nicht. Es gab noch ein paar offene Fragen an die Senatorin.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Das macht Herr Salchow.

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Dann zum Abschluss Herr Salchow, bitte!

Mirko Salchow (SenBJF): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Noch kurz Ergänzungen zum Stichwort der Ressource, um hier noch etwas konkreter zu werden: Die 15 angesprochenen Schulsozialarbeitsstellen haben sich bereits in der Ausschreibung befunden, und wir haben einen Rücklauf von 139 Bewerbungen im Eingang zu verzeichnen. Jetzt werden die Einstellungsverfahren sukzessive durchgeführt. Bei der Bildungsbegleitung wissen Sie: zwei pro Ankerschule, in dem Schlüssel 1 : 30. Sie wissen, dass die IBA-Bildungsbegleitung in Berlin trägergestützt organisiert ist. Das heißt, hier ist unser Bereich mit den entsprechenden Anbietern im Gespräch, um die Ressource ebenfalls im Rahmen dieses Schulhalbjahres zeitgerecht an Bord zu bekommen.

Noch mal eine Quantifizierung, was die Lehrkräfteausstattung angeht: In den Prognosegesprächen unmittelbar vor Weihnachten, die ich vorhin erwähnte, wurde den Ankerschulen im Einvernehmen eine Ressource in der Größenordnung von vier Lehrkräften für IBA Praxis in Aussicht gestellt, und zwar im besten Fall zwei Theorielehrkräfte und zwei Praxislehrkräfte. Das ist die Eckressource, mit der wir dann diesen Bildungsgang starten.

Zum Schuljahresrhythmus: Herr Raehse hat darauf abgehoben. Wir haben einerseits die VV Übergang. Natürlich haben wir hier Eckdaten festgeschrieben, die sich auch am Schuljahresrhythmus orientieren. Unabhängig davon ist es den kooperierenden Schulen aber mit ähnlichen Freiheitsgraden wie beim Curriculum natürlich unbenommen, den Übergangsprozess, die warme Übergabe, schulscharf zu organisieren. Wann sie sich Schülerinnen und Schüler ihrer kooperierenden Integrierten Sekundarschulen in ihre Schulen einladen, ist selbstverständlich den Kooperationspartnern überlassen. Wir werden aber in der VV natürlich nicht von den Eckdaten eines Schuljahresrhythmus abweichen. Bezogen auf die LUSD ist es so, dass die allermeisten Daten für die Schülerinnen und Schüler, die in IBA Praxis anlanden, bereits zu diesem Zeitpunkt erfasst sind. Das ist ja keine Aufgabe, die größtenteils noch durch die beruflichen Schulen zu bewältigen ist.

Letzter Punkt, die Planungsdaten, die noch mal angesprochen wurden: Sie sind bei uns erfahrungsbasiert, natürlich mit Unschärfen, da es bislang für diese Zahlen kein striktes Monitoring in der Stadt gab. Die Zahl 3 000 bezieht sich immer auf eine Schülergruppe von Unversorgten, die wir erfahrungsgemäß zum Ende eines Schuljahres identifiziert haben, die sich dann durch den Nachvermittlungszeitraum, der sich ja bis weit in den Spätherbst hineinzieht, auf circa die Hälfte heruntermendelt. Wir haben jetzt in Vorbereitung auf das 11. Pflichtschuljahr natürlich auch Vorsorge in anderen Bildungsgängen der beruflichen Schulen getroffen, weil wir ja aufgrund des veränderten Beratungsprozesses damit rechnen, dass selbstverständlich im Ergebnis auch IBA Klassik aufwächst. Wir haben in begrenztem Umfang auch weitere Vorsorge für den berufsfachschulischen Teil getroffen sowie weitere, sodass wir auf Grundlage dieser Annahme, Stand heute, davon ausgehen, dass wir Pi mal Daumen mit 900 Schülerinnen und Schülern rechnen, die dann tatsächlich am Ende aller Bemühungen in diesem Prozess, zunächst einmal in IBA Praxis, anlanden werden.

Gestatten Sie mir noch den letzten Hinweis, auch das war heute noch mal Thema: Es ist mir ganz wichtig zu sagen, dass niemand für ein Schuljahr in IBA Klassik, IBA Praxis oder anderen Bildungsgängen festgehalten wird, sondern die Durchlässigkeit nach oben ist immer gegeben, und im besten Fall stellt sich ein Klebeeffekt über eine betriebliche Phase heraus. Selbstverständlich ist dann unabhängig vom Bildungsgang der Übertritt in eine duale Ausbildung immer möglich, und das ist auch das vorderste Ziel, an dem alle Akteure mit Kräften arbeiten. – Danke sehr!

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen lieben Dank! – Ich schlage vor, dass wir die Punkte 2 a und 2 b der Tagesordnung vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. – Ich sehe dazu keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Ich möchte mich ganz herzlich bei all unseren Anzuhörenden bedanken. – Vielen Dank für Ihre Teilnahme an der heutigen Sitzung und die umfangreiche Beantwortung unserer zahlreichen Fragen! Herr Rahmig hat es am Anfang gesagt, wir haben öfter über das Thema gesprochen. Sie sehen aber an der Intensität auch dieser Anhörung, dass wir trotzdem weiterhin interessiert sind und

dass es fraktionsübergreifend ein wichtiges Thema ist. Sie können gern auch weiter sitzen bleiben, wenn Sie möchten. Wir verstehen aber auch alle, wenn Sie in Ihren wohlverdienten Feierabend oder zum nächsten Termin gehen. Kommen Sie gut dahin, auch wenn es verkehrsbedingt gerade nicht einfach ist!

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auflösung der Pauschalen Minderausgabe im
Haushalt für Bildung, Jugend, Familie für das Jahr
2025**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0292](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Zur Situation der Friedrich-Bergius-Schule: Von der
Problemschule zur Vorzeigeschule und zurück –
Schulentwicklung verstehen und Probleme
konsequent angehen**
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

[0306](#)
BildJugFam

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Gelingsbedingungen für Schulentwicklung an der
Friedrich-Bergius-Schule**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0307](#)
BildJugFam

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.